3. Jahrgang / Nr. 103

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,[illegible] Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 4,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 25 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 6837.

Freitag, den 13. Mai 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3,— Mk.

Der neue Wechselbalg

P.F. Die Forderungen der Entente sind in der Nacht zum Mittwoch vom Reichstag bedingungslos angenommen worden. Eine neue Regierung ist gebildet aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Die alte Koalition ist wieder da, die Koalition, die aus den Niederlagen des Proletariats im ersten Halbjahr 1919 geboren wurde, als es galt, den Versailler Frieden zu unterschreiben. Die alte Koalition, deren Ziel die Rettung und Wiederaufrichtung des Kapitalismus, deren Mittel der Belagerungszustand und der weiße Schrecken, deren Repräsentant der blutige Noske war, und die hinweggespült wurde durch den Kapp-Putsch. Die alte Koalition, geboren aus Verrat und Massenmord und verreckt in Blut und Niedertracht, sie ist wieder da!

Die alte Koalition? Nein! Die Toten sind tot und erledigt. Sie stehen nicht wieder auf. Mag alles scheinen, wie es war, so läßt sich doch die Geschichte von zwei Jahren nicht ausstreichen. Zwar mußte wieder Arbeiterblut den Boden düngen, aus dem dieses Sumpfprodukt hervorsprießen konnte. Zwar handelt es sich wieder darum, den Kapitalismus aus der würgenden Schlinge der Entente-Imperialisten zu befreien. Aber die zwei Jahre Revolution seit der Bildung der ersten Koalition fordern ihren Tribut. Der Verrat am Proletariat war nur möglich, wenn der Gegenrevolution neues Blut zugeführt wurde. Und das ist geschehen. Wie die Sozialdemokratie durch ihren Hörsing und Severing aufs neue den Beweis ihrer konterrevolutionären Zuverlässigkeit erbrachte, so mußte jetzt die USP. diesen selben Beweis erbringen durch ihren schamlosen Verrat an den Mansfelder Arbeitern. Das allein hat die neue Koalition möglich gemacht. Nur darum können die Bauer, Gradnauer, Robert Schmidt im Kabinett sitzen, weil die Breitscheid, Ledebour und Hilferding ihre Helfer sind.

Fünf Stimmen Mehrheit, das ist die parlamentarische Grundlage dieses Kabinetts. Nur auf den Krücken der USP. kann es sich weiterschleppen. Noch ist Breitscheid nicht Außenminister, noch ziert Crispiens Friseurkopf nicht die Regierung, noch wird der Regierungsskat von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten gespielt. Aber die Unabhängigen gucken schon in die Karten und dirigieren das Spiel.

Als die alte Koalition den Frieden von Versailles unterschrieb, war die europäische Situation noch völlig undurchsichtig. Damals konnte man noch hoffen, durch geschickte Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Mächten der Entente die schlimmsten Bedingungen des Friedensvertrages zu beseitigen. Damals bildete sich die neue weiße Armee, und die Bourgeoisie mit ihren sozialdemokratischen Henkersknechten konnte hoffen, mit der Entente in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, wenn sie diese weiße Armee einsetzte für die Weltgegenrevolution, zur Niederwerfung Räterußlands. Heute sind alle diese Hoffnungen verrauscht. Heute greift die Hand des Gläubigers entschlossen nach dem Geldbeutel, und nicht nur das: nach der Gurgel Deutschlands. Heute hat Frankreich den unbeugsamen Willen, Deutschland wirtschaftlich und politisch zu zerschlagen, um der Herr von ganz Europa zu werden. Heute ist keine Aussicht auf eine gemeinsame konterrevolutionäre Aktion mit der Entente. Heute hat die französische Bourgeoisie den festen Willen, alle Hoffnungen des deutschen Imperialismus zu vernichten und zugleich damit die deutsche Revolution. Darum ist die Hauptforderung Frankreichs jetzt die Entwaffnung. Und hier liegen die Steine, über die diese Regierung stolpern muß, um sich den Hals zu brechen. Die Entwaffnung des deutschen Imperialismus, das ist die Entwaffnung der deutschen Gegenrevolution, das ist die Zertrümmerung des Sockels, auf dem deutsche Bourgeoisieherrlichkeit ruht. Weder haben die Koalitionsparteien vom Zentrum bis zur SPD. den Willen zu dieser Entwaffnung der Konterrevolution, denn die Orgesch ist ihre Stütze, noch haben die Unabhängigen Macht und Mut, diese Entwaffnung zu erzwingen. Diese Regierung wird nicht imstande sein, den Willen der Entente durchzusetzen, und doch wird sie nichts anderes spielen als das Spiel der Briand und Foch. Sie wird durch ihre Versuche, einen Ausweg aus der unheilvollen Lage zu finden, die Zerrüttung der deutschen Bourgeoisie befördern; sie wird die Gegensätze zwischen Nord und Süd in Deutschland weiter aufreißen, und dem französischen Imperialismus die Möglichkeit für neue Sanktionen geben.

Neue Sanktionen, die Besetzung des Ruhrgebiets, das ist das wesentliche Ziel für die französische Politik der Gegenwart, nicht die Befriedigung der wirtschaftlichen Forderungen, die im Londoner Diktat aufgestellt sind. Darum sind diese Forderungen so hoch gestellt, daß sie unmöglich erfüllt werden können. Die Zustimmung zu dem Ultimatum ist nichts anderes, als eine neue Waffe in den Händen der französischen Imperialisten. Sie haben ihre Mobilisation durchgeführt, sie werden militärisch nicht abbauen, sondern einrücken in das Herz der deutschen Wirtschaft, sobald die Milliarden nicht in der geforderten Weise hinüberfließen. Und dann wird die Regierung Wirth vor demselben politischen Bankerott stehen, zu dem die Regierung Fehrenbach trotz aller taktischen Schachzüge gekommen ist. Die neue Koalition wird kein Jahr leben wie die alte Koalition. Sie trägt den Todeskeim in sich.

Es wird nicht schade sein, wenn dieser Wechselbalg verreckt. Die deutsche Revolution wird durch diese ständigen Krisen der deutschen Regierung, die Krisen sind der deutschen Bourgeoisie, gewaltig gefördert werden. Aber das deutsche Proletariat wird damit einer Pferdekur unterworfen. So aussichtslos alle Versuche auf Erfüllung des Ultimatums sind, so werden diese Versuche doch nicht ausbleiben. Diese Regierung muß daran gehen, aus dem deutschen Proletariat herauszupressen, was herauszupressen ist. Die neue deutsche Regierung hat noch keinen Finanzminister; das ist charakteristisch. Aber die Aufstellung eines neuen großen Finanzplanes wird ihre erste und wichtigste Aufgabe sein. Hier werden sie Farbe bekennen müssen, alle die Herrschaften, die in der entscheidenden Reichstagssitzung nicht Worte genug finden konnten, um ihr arbeiterfreundliches Herz zu offenbaren. Hier gibt es nur eine Entscheidung: **entweder die Enteignung der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler und Schieber, die Konfiskation der Trustbetriebe und des Großgrundbesitzes, oder aber die Versklavung und restlose Ausplünderung des Proletariats.** Die Regierung hat schon gewählt. Sie hat gewählt durch die Herausforderung und Niederknüttelung des mitteldeutschen Proletariats, und gefesselt an diesen Felsen der Schuld ist nicht nur die alte Sozialdemokratie, sondern mit ihr die Unabhängige Partei. Den Beweis werden die Arbeiter erhalten. Kein Demagogenspiel wird die USP. retten, sie wird hintreten müssen vors Proletariat und erklären müssen: da steht Foch mit seinen Armeen. Also deutscher Arbeiter, schufte und zahle. Und wenn die Möglichkeit wäre, daß das deutsche Proletariat sich diese Politik gefallen lassen könnte, ohne sich zu empören, dann würde die USP. an den Gräbern der Millionen Proletarier, die an den Folgen dieser Politik zugrunde gegangen sind, erklären: Wir haben das deutsche Proletariat gerettet, indem wir es zurückhielten vom Kampfe gegen die Weltgegenrevolution.

Den Krieg vermieden zu haben, das ist das große Glück, dessen sich die Scheidemänner wie die Hilferdinge rühmen. Nie ist ein Stolz unberechtigter gewesen als dieser. Der Krieg vermieden, der Frieden gerettet? Der Krieg ist da! Die Entente mit ihrem französischen Vortrupp führt den Krieg unbekümmert um Annahme oder Ablehnung des Ultimatums weiter, und die deutsche Arbeiterklasse ist es, die dabei auf der Strecke bleiben soll. Und Sozialdemokraten und Unabhängige stellen diesem furchtbarsten Feinde des deutschen Proletariats die Hilfstruppen.

Der Krieg vermieden, der Frieden gerettet? Und in Oberschlesien knallen die Maschinengewehre und platzen die Granaten. Eitle Hoffnung ist es, zu erwarten, daß durch die neue Koalition der Krieg mit Polen verhindert werden könnte. Auch die rein bürgerliche Regierung Fehrenbach-Simons hatte keine Lust zu einem kriegerischen Abenteuer. Und doch hatte sie keine Hemmung, die sie vor dem Hineinschliddern in den Krieg hätte retten können. Aber diese Fehrenbach-Regierung hatte doch immerhin noch bis zu einem gewissen Grade die Glücks-

Die revolutionäre Alternative

Die Regierung ist gebildet, das Ultimatum der Entente ist angenommen. In seiner Nachtsitzung nahm der Reichstag mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Enthaltung den Antrag Müller-Franken-Trimborn an, der lautet:

„Der Reichstag ist einverstanden, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in deren Note vom 5. Mai 1921 unter C 1 bis 4 geforderten Erklärungen abgibt."

Mit diesen kleinlauten Worten vollzog die deutsche Bourgeoisie ihre Unterwerfung unter das Ententediktat. Einer nach dem andern traten die Redner der bürgerlichen und der menschewistischen Parteien auf, um die schwere Alternative der deutschen Bourgeoisie, die Alternative: Annehmen oder Ablehnen, zu stellen und „schweren Herzens" die Entscheidung ihrer Fraktion bekanntzugeben. Die Entscheidung der deutschen Bourgeoisie ist für die Annahme gefallen. Auch die bürgerliche Rechte, die für die Ablehnung stimmte, stellt sich auf den „Boden der Tatsachen". Sie wird aus ihrem Votum keine Konsequenzen ziehen. Schon jetzt deutet die Rechtspresse an, daß sie unter gewissen Bedingungen bereit ist, die neue Regierung zu unterstützen, wenn sie sich nämlich, wie die „Tägliche Rundschau" sich ausdrückt „von parteilicher Verhetzungspolitik fernhält." In der Tat kann die neue Regierung nur leben von der Gnade der Deutschen Volkspartei, die formell außerhalb steht. Die Entscheidung für die Annahme des Ultimatums hat in Wahrheit nicht das Parlament, sie hat der Beherrscher Deutschlands, Stinnes, getroffen.

Was bedeutet die Alternative Annahme oder Ablehnung des Ultimatums?

Die Ablehnung des Ultimatums hätte die sofortige Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente, und damit die Abschnürung des wichtigsten Industriegebietes von Deutschland, mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Lostrennung Oberschlesiens bedeutet. Das hieße für die deutschen Unternehmer der abgetrennten Gebiete unter der Fuchtel des Ententekapitals zu produzieren, für die Industrie des übrigen Deutschland die Produktion unter ungeheuer erschwerten Zufuhr- und Absatzbedingungen fortführen. Die deutsche Bourgeoisie hätte einen großen Teil ihres Profites und ihrer politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit eingebüßt. Auf die deutsche Arbeiterklasse hätte sie sich dann geworfen, um durch verschärfte Ausbeutung einen Teil des verlorenen Profits wieder einzubringen und die Fessel des Ententeimperialismus zu lockern. Massenarbeitslosigkeit, Massenhunger und Massensterben grinsten dem Proletariat entgegen.

Aber die Annahme des Ultimatums? Ist sie das „kleinere Uebel", wie die Unabhängigen sagen, kann sie das deutsche Volk wenigstens vor dem Schlimmsten bewahren, wie es in der Erklärung der Scheidemänner heißt? Es genügt, an die Denkschrift des Auswärtigen Amtes zu erinnern, die feststellt, daß weder für die Aufhebung der Ausfuhrabgabe, noch für die Aufhebung der sonstigen Sanktionen die mindeste Aussicht besteht. Gestern schrieb Walter Rathenau, daß es sich nicht um Besetzung oder Nichtbesetzung, sondern um die sofortige oder spätere Besetzung des Ruhrgebietes handle. Gestern noch waren alle bürgerlichen Sachverständigen einhellig der Meinung, daß die Ententeforderungen unerfüllbar seien. Sie sind unerfüllbar, wenn es nicht gelingt, das deutsche Proletariat auf frühkapitalistische Arbeitsbedingungen herabzudrücken. Der Entente aber kommt es nicht so sehr auf die deutschen Zahlungen an, als auf die Erdrosselung der deutschen Konkurrenz. Die deutsche Konkurrenz muß sich bei dem Versuch der Erfüllung der Forderungen verschärfen. Dann verschärfen sich auch die Maßnahmen der Entente, dann erfolgt die Ruhrbesetzung dennoch.

Die Alternative Annahme oder Ablehnung ist also in Wahrheit nur die Alternative, auf welche Weise die deutsche Bourgeoisie ihren Konflikt mit der Entente weiterschleppen soll, auf welche Weise sie am ehesten einen Teil ihres Profits und ihre Gewalt über die deutsche Arbeiterklasse rettet. So gesehen, enthüllt sich der ganze Arbeiterverrat der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Die Mehrheitssozialisten behaupten, „das Volk zu retten", aber sie liefern es der furchtbarsten Sklaverei aus und retten nicht einmal die Bourgeoisie. Die Unabhängigen sind für die Unterwerfung als für „das kleinere Uebel." Sie halten es also für das kleinere Uebel, daß der Bourgeoisie für die Fesselung des Proletariats zu unerträglicher doppelter Fron sofortige Vollmacht gegeben werde!

Die schwere Alternative der Bourgeoisie, die die Sozialpatrioten auf die Seite der imperialistischen „Verständigung" fallen ließ, wie einst am 4. August auf die Seite des imperialistischen Krieges, sie existiert nicht für das Proletariat. Vor dem Proletariat steht heute eine andere, eine revolutionäre Alternative: soll es die Bourgeoisie über die Geschicke Deutschlands entscheiden lassen, soll sich schweigend und duldend das Joch der furchtbarsten Ausbeutung auferlegen lassen, das der gesamten arbeitenden Menschheit nicht zum Segen, zum Fluch gereichen wird, oder soll es den Kampf gegen seine Ausbeuter im Bunde mit den Unterdrückten aller Länder und im Bunde mit Sowjetrußland aufnehmen? Dies ist die echte, wirkliche Alternative, denn sie reißt den Abgrund der Klassengegensätze auf. Sie kann nur ausgetragen werden durch den Kampf der Klassen auf Tod und Leben. In Deutschland ist heute kein Platz mehr für Bourgeoisie und Proletariat. Nur wenn es die Bourgeoisie beseitigt, nur wenn es sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, kann das deutsche Proletariat den Verfall Deutschlands und sein Versinken in der imperialistischen Sklaverei wenden.

ritter der Militärpartei in ihren Händen. Diese sind wieder frei. Keine Rücksicht hindert sie. Im Gegenteil, dieser neuen Koalition einen Streich zu spielen, sie in das tiefste Verhängnis hineinzutreiben — ihnen wird es ein Vergnügen sein. Schon hält der Hergt seine Hetzreden im Parlament. Schon werden militärische Kräfte mobilgemacht. Schon ist es zu den ersten großen Zusammenstößen gekommen. Wo ist der Staatsmann, der jetzt noch den Krieg vermeiden kann? Herr Wirth, Herr Bauer oder gar Herr Breitscheid? Wie lange noch, und sie stehen vor harten Tatsachen, und dann werden sie die Verantwortung übernehmen, und dann werden sie den Krieg führen, der sie verschlingt.

So tritt die Mißgeburt der neuen Koalition, bedroht von den furchtbarsten Gefahren, ihren Lebensweg an. Er wird kurz sein, aber besudelt mit Schande und Schmach. Das deutsche Proletariat wird durch die neue Situation vor eine neue, dringendere Aufgabe gestellt. Es darf nicht warten, bis dieses Unglückskind an den Widersprüchen der kapitalistischen Politik zugrunde geht. Die Folgen dieses Zauderns und dieser fatalistischen Passivität würden verhängnisvoll sein; sie würden zu neuen Ausgeburten der Bourgeois-Politik führen und den Leidensweg des Proletariats verlängern. Diesem Wechselbalg gegenüber gibt es nur eine Politik:

„Ihr sollt ihn ersäufen oder verbrennen!"

Politische Uebersicht

Die Unterwerfung

Die Note des neuen Reichskanzlers an die Ententeregierungen, in der sie die Unterwerfung unter das Ententeultimatum ankündigt, hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschließung der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären:

Die deutsche Regierung ist entschlossen:

1. Ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen;

2. Ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantiemaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen;

3. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. 1. 1921 notifiziert worden sind, wobei die nächstfälligen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;

4. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten durchzuführen und die übrigen unerfüllten, im ersten Teile der Note der Alliierten Regierungen vom 5. 5. erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen.

Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. gez. **Wirth.**"

Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Die neue Zollgrenze in Kraft

Die Zollerhebung auf den Landstraßen tritt an der Grenze des Kölner Brückenkopfes morgen früh in Kraft. Zahlreiche Zollstationen sind für den Landstraßenverkehr eingerichtet worden, in Burg an der Wupperbrücke, in Mungsten oberhalb Fallenhaller, in Kohlfurt vor der Wupperbrücke, in Cronenberg an der Kluse und außerdem in Haan. Lastfuhrwerke werden nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends abgefertigt. Später ankommende Fuhrwerke werden bis zum anderen Morgen angehalten. Eine Reihe von Grenzübergängen zwischen den einzelnen Zollstationen sind für den Durchgangsverkehr reserviert. Diese Wege dürfen nur von den Bewohnern bestimmter Ortschaften und von Bauern und Winzern benutzt werden. Die Zollabfertigung erfolgt durch deutsche Beamte unter Kontrolle der Alliierten und der britischen Zollpolizei.

Wegen Stockung an der Zollgrenze sind sämtliche Stationen des hessischen Teiles des Brückenkopfes Mainz für Eilgut, Frachtgut und Wagenladungen aus dem rechtsrheinischen Gebiet gesperrt worden.

Die interalliierte Binnenschiffahrtskommission hat verfügt: Jedes Fahrzeug der alliierten Flotille oder jedes für den Transport der alliierten Truppen oder Heeresmaterial beschlagnahmte Fahrzeug genießt unbedingtes Vorrecht auf den ganzen besetzten Rhein. Die Verfügung tritt sofort in Kraft.

Das Proletariat ist seines Glückes Schmied

Der neue Reichskanzler, der ehemalige Finanzminister **Wirth**, hat im Reichstag die Erklärung abgegeben, die die Annahme des Ultimatums motiviert und begleitet. Warum unterzeichnet die neue Regierung das Ultimatum?

„Um das Reich und seine Einheit zu retten, um deutsches Land vor der Gefahr feindlicher Invasion zu bewahren, um die deutsche Freiheit zu erhalten: dafür ist das deutsche Volk zu den höchsten materiellen Opfern bereit."

Der Reichskanzler behauptet dann, daß die Annahme des Ultimatums die nahe drohende Besetzung des Ruhrgebiets **beseitigt**. Dasselbe behaupten auch in ihren Fraktionserklärungen die **Mehrheitssozialisten** und **Unabhängigen**, die, wie der „Vorwärts" schreibt, „weil sie das Vaterland im Herzen tragen, das deutsche Volk retten wollen."

Das deutsche Volk wird durch das gute Herz der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen nicht gerettet werden. Das verräterische Schweigen des Reichskanzlers zur **Entwaffnungsfrage** sagt bereits, daß die deutsche Regierung die Entwaffnungsforderung **nicht erfüllen** wird, weil sie sie nicht erfüllen kann. Daß sie auch die wirtschaftlichen Forderungen nicht erfüllen kann, ist ebenso klar, übersteigen sie doch weit das, was die frühere Regierung noch in den letzten Vorschlägen als das Höchstmaß der deutschen Leistungsfähigkeit bezeichnete. Das gute Herz der Mehrheitssozialisten wird weder die Milliarden schaffen noch die Gegeich entmeifnen. „Das positive Ziel des Glückes bleibt für das deutsche Volk unerreichbar, solange der fruchtbare Druck der unerfüllbaren Sieger auf ihm lastet," jammert der „Vorwärts". Nein, das positive Ziel des Glückes ist für das deutsche Volk erreichbar. Auch das deutsche Proletariat ist seines Glückes Schmied. Aber um sein Glück zu schmieden, muß es den Hammer in die Hand nehmen und der Bourgeoisie das Haupt zerschmettern.

„Rettende Tat"

„Rettende Tat" so jubeln die Mehrheitssozialisten über den Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung. „Die Krise ist für den Augenblick überwunden", so echoen mit einem Seufzer der Erleichterung die Unabhängigen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion „hat nicht im Sinne parteitaktischer Klugheit gehandelt. Als es klar geworden war, daß unser Volk und Land an der Skrupellosigkeit der Rechts- und Linksbolschewisten und an der mutlosen Unentschlossenheit der Mitte zu scheitern drohte, **da schloß sie die Augen und sprang.**" Die biedere sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die mit geschlossenen Augen sprang, hat nach dem „Vorwärts" nicht gefragt, „**Was kommt danach?**" sondern nur: **Was ist recht?** Sie hat **nicht** gefragt, was danach kommt **für das Proletariat**, sondern nur, was recht ist **im Sinne der Bourgeoisie**, wie sie der Bourgeoisie, sei es auch nur für einen Augenblick, über die Krise hinweghelfen kann.

Damit hat die Sozialdemokratie die Interessen des Proletariats nicht weniger verraten, wie damals am 4. August. Nur fällte sie damals ihre Entscheidung für den imperialistischen Krieg, heute für die imperialistische „Verständigung". Der „Vorwärts" erfrecht sich, zu behaupten, daß der Sozialdemokratie „gelungen sei, was ihr im Juli 1914 angesichts der gegebenen Machtverhältnisse mißlungen (!) war, nämlich **den Ausbruch eines Krieges zu verhindern**". Er glaubt vergessen, daß noch vor wenigen Tagen sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer in Oberschlesien zum Kriege gegen Polen hetzten. Die Sozialdemokratie ist heute nicht für den imperialistischen Krieg, weil auch die deutsche Bourgeoisie ihn nicht führen will und kann.

Vaterland oder Klasseninteresse?

Die politischen Parteien der Kapitalisten und Großgrundbesitzer wollen die Annahme des Entente-Ultimatums verweigern. Aber sie sprechen es offen und zynisch aus — nicht wegen der „gigantischen" wirtschaftlichen Lasten, welche das Räuberdiktat den Arbeitern Deutschlands aufbürdet, sondern einfach, weil sie die konterrevolutionäre Armee der Einwohnerwehr nicht auflösen wollen.

Stinnes und Stresemann, die Führer der deutschen Kapitalisten, wollen sich mit Loucheur an einen Tisch zusammensetzen, wenn es sich darum handelt, die deutschen Arbeiter und Landarbeiter gemeinsam auszubeuten, aber sie sagen entschieden nein, wenn es sich darum handelt, ihre kapitalistischen Schutztruppen aufzulösen, welche sie gegen die „Begehrlichkeit der Arbeiter" verteidigen

Die Parteien der deutschen Kapitalisten und Junker wollen das wirtschaftliche Diktat der Entente annehmen — weil es sich gegen die deutschen Arbeiter richtet. Sie wollen das militärische Diktat der Entente zurückweisen — weil es sich gegen ihre die Arbeiter niederhaltende Leibgarde richtet. Jedes Tun und Lassen der Bourgeoisieparteien ist immer gegen das Proletariat gerichtet.

Die Arbeiter müssen ebenso klassenbewußt handeln wie die Bourgeoisie. Sie müssen das Ententediktat zurückweisen, trotz Verrat der Sozialdemokraten und Unabhängigen. Und sie müssen die große irreguläre Armee der Bourgeoisie entwaffnen.

Die deutsche Bourgeoisie ist bereit, das ganze „Vaterland" für ihre Klassenherrschaft zu opfern. Die deutsche Arbeiterschaft muß das Ententediktat dazu benutzen, seine eigene Klassenherrschaft aufzurichten. Die Bourgeoisie will die Waffen ihrer Klassenarmee nicht strecken. Die Parole des Proletariats muß also lauten:

Bewaffnung der Arbeiterschaft:
Proletarischer Selbstschutz
gegen Einwohnerwehr und Ententediktat!

Nicht ihre Politik des Volksverrates, sondern die weltpolitische Situation hat sich geändert.

Eines ist wahr: die Sozialdemokraten haben aus ihrer verräterischen Politik die Konsequenz gezogen. Die Unabhängigen taten es nicht. Kläglich sagte die „Freiheit":

„Wir waren der Ansicht, daß das Versagen der bürgerlichen Politik dem Sozialismus die Möglichkeit gab, selbst die Regierung zu übernehmen, das Notwendige zu tun, und **bei einem später einsetzenden Widerstand der bürgerlichen Parteien das Volk selbst entscheiden zu lassen.**"

Die USPD., deren Partei noch heute vorgibt, für die Diktatur des Proletariats zu sein, glauben also, daß es „dem Sozialismus" gelingen werde, den Widerstand der Bourgeoisie durch einen Stimmzettelentscheid des Volkes zu brechen. Sie glauben auch, daß es genüge, der neuen Koalitionsregierung ein Bukett schöner Forderungen zu präsentieren. Besteuerung des Großkapitals und Großgrundbesitzes, Einschränkung der Arbeitslosigkeit, Entwaffnung (wessen?), Verständigung mit der Entente, Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Sondergerichte und Amnestie, das verlangen sie von einer Regierung, die auf derselben Koalition beruht, die in Preußen den mitteldeutschen Aufstand provozierte und unter drückte. Die Forderungen der USPD. werden weder der neuen Regierung, noch der Bourgeoisie imponieren. Sie wissen, daß keinerlei Wille dahintersteht, die Arbeiterklasse für sie zu mobilisieren. Die Annahme des Ultimatums selbst, der die Unabhängigen zugestimmt haben, zwingt die Bourgeoisie zu einer Politik, die den Forderungen der Unabhängigen **schnurstracks entgegengesetzt** ist.

Weder die „rettende Tat" der Sozialdemokratie, noch die schwächlichen Forderungen der Unabhängigen sind einen Deut wert für das Proletariat. Es kann sich nur retten, wenn es durch eigene Tat die Ausbeuter samt ihren Lakaien zum Teufel jagt.

Die Ja-Sager an der Preußischen Futtertrippe

Das 8 Uhr-Abendblatt teilt mit:

Es gilt als sicher, daß entsprechend der Zusammensetzung des Reichskabinetts auf veränderter Grundlage auch die preußische Regierung umgestaltet werden wird. Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Eintritt in die Reichsregierung keinen Hehl daraus gemacht, daß sie nunmehr auch auf eine Teilnahme am Preußenkabinett Anspruch erheben. Man rechnet mit der Wiederkehr der früheren preußischen Minister Severing, Hirsch und Braun. Aber es bestätigt sich nicht die Meldung, daß der preußische Ministerpräsident Stegerwald durch den Abgeordneten Dr. Trimborn, den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, schon gestern die Portefeuilles des gesamten preußischen Kabinetts zur Verfügung erhalten habe.

Nach dem „Vorwärts" hatte der Ministerpräsident Wirth [illegible] Stegerwald. Man sei übereingekommen, daß es notwendig sei, unmittelbar nach Pfingsten eine Umbildung des preußischen Kabinetts im Sinne der veränderten Parteigruppierung im Reiche vorzunehmen. Bis dahin ist der Preußische Landtag vertagt. Nach dem „8 Uhr-Abendblatt" ist ein Übereinkommen noch nicht erzielt und Stegerwald will erst die völlige Klärung im Reich abwarten.

Gegen den Drang der Mehrheitssozialisten nach den preußischen Ministersesseln — der mit ihren pathetischen Phrasen von dem „Sprung ins Ungewisse zur Rettung des Volkes" in erbaulichem Widerspruch steht, — läuft bereits die **Deutsche Volkspartei** Sturm. Die „Tägliche Rundschau" weist darauf hin, daß die Regierung Wirth ein sehr kurzes Leben haben kann, daß sie in wenigen Wochen zum Rücktritt gezwungen sein kann, wenn der Einmarsch ins Ruhrrevier dennoch erfolgt, und schreibt:

„Aus allen diesen Erwägungen heraus ist es völlig unsinnig, jetzt schon von einem Rücktritt der preußischen Regierung durch Herrn Stegerwald sprechen zu wollen. Vielmehr ist es die Pflicht des preußischen Ministerpräsidenten, sein Kabinett bis zur Klärung dieser Fragen im Amte zu erhalten."

Das Blatt der Volkspartei verwahrt sich auch dagegen, daß die Partei durch eine Hintertür ins Kabinett Wirth hineinspaziere, wie die Demokraten das wünschen. Sie weiß, daß sie so oder so die Regierung in der Hand hat.

Für das Proletariat war die Hohlheit des parlamentarischen Kuhhandels nie so klar, wie im jetzigen Augenblick, da das brüchige Schiff der deutschen Bourgeoisie in den Strudel der imperialistischen Versklavung Deutschlands hinabsegelt. Mit oder ohne Volkspartei wird die neue Reichsregierung die Arbeiter knebeln, um ihrem Schweiße die Milliarden an die Entente abzupressen. Mit oder ohne Sozialdemokratie wird die preußische Regierung der willige Büttel der Reichsregierung gegen die mittel- und norddeutsche Arbeiterschaft sein. Die mitteldeutschen Arbeiter kennen Severing. **Kampf diesen Regierungen!** ist die Losung des Proletariats.

Kriegsvorbereitungen der Orgesch

In den Kreisen der Orgesch herrscht die lebhafteste Tätigkeit. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um das Bürgertum zu bewaffnen. Man bereitet den neuen Krieg vor. Der „Heimatsverband der Oberschlesier" läßt durch die bürgerlichen Zeitungen ein Telegramm verbreiten, das offen auffordert: **Alle waffenfähigen deutschen Oberschlesier haben sich sofort in Oberschlesien bei der Hauptstelle des Verbandes zu melden.** Klar gesprochen: Bildung von **bewaffneten Banden**, nur diesmal durch die Reaktion und daher „laut Verfassung" erlaubt. Aus Lippe, Kreis Krossen, kommt die Nachricht, daß dort der **Landrat** zur Bildung von **Freiwilligenverbänden** aufruft. Das sind nur einzelne Nachrichten von den vielen. Kurz und gut: Alle Stäbe und Kommandostellen der Orgesch und Einwohnerwehren entfalten die fieberhafteste Tätigkeit.

Die Arbeiterschaft und besonders die Parteigenossen haben die Pflicht, alles was sie von der Orgesch bemerken, genau zu beobachten und alles und jedes verdächtige Anzeichen zu untersuchen. Jede Wahrnehmung ist sofort an die Parteiorganisation weiterzugeben!

Die Verwandlung der bayerischen Einwohnerwehr

Bayerische Regierung und bayerischer Landtag zählen sich stolz zu den Reinsagern. Nicht die wirtschaftlichen Forderungen der Entente, sondern das bayerische Schmerzenskind, die Einwohnerwehr, ist der Hauptgegenstand ihrer Sorge. Die Formel ist nun gefunden, nach der die bayerische Einwohnerwehr „abgebaut" und doch weiter existieren werden wird. Die Entente, so hofft man, wird in diesem Punkt keine besonderen Schwierigkeiten machen. Trotz eines „zuständigen" Dementis wird an der Meldung des „Journal" schon etwas Wahres sein, daß der englische Geschäftsträger in Berlin in einer Unterredung mit Dr. Simons erklärt habe, daß man nach Auffassung der englischen Regierung die Bestimmungen in der Entwaffnungsfrage nicht allzu peinlich auslegen werde, wenn Deutschland die finanziellen Punkte des Ultimatums annehme. Bayern spekuliert auf dieses Entgegenkommen der Entente.

Im Reichstag erklärte Dr. **Heim** unter sarkastischem Hinweis darauf, daß die Organisation des bayerischen Selbstschutzes bekanntlich von dem sozialistischen Ministerium Hoffmann geschaffen worden sei, daß die bayerische Einwohnerwehr als eine zivile Selbstschutzorganisation nicht unter die Bestimmungen des Versailler Vertrages falle. Trotzdem wolle man die Einwohnerwehr nicht als ständige Einrichtung beibehalten. Die Anzeichen der „Wiedergesundung Bayerns" ließen hoffen, daß an den Abbau der bewaffneten Selbstschutzorganisation gedacht werden könne. Diesen Zeitpunkt näher zu rücken, hätten die Alliierten in der Hand, wenn sie der **Aufstellung der notwendigen Sicherheitspolizei** keine Schwierigkeiten entgegenstellen. Aehnlich äußerte sich Dr. Heim zu einem Vertreter des „8-Uhr-Abendblattes". Er sagte, Bayern sei bereit, jedem Kompromiß zuzustimmen, das die innere Ordnung gewährleiste. Die Einwohnerwehren seien unpolitisch und nicht reaktionär. Sonst hätten sie sich ja sofort dem Kapp-Putsch angeschlossen. Kurzum, Bayern sei bereit, die Einwohnerwehr abzubauen, sobald man die Mittel gewährleiste, um im Lande Ordnung zu halten.

Der geplante „Abbau" der Einwohnerwehr soll also nach dem bekannten Rezept der Firmaänderung vonstatten gehen. So wie sich die Sipo nach ihrer „Auflösung" je nach Bedarf zur Schupo oder Apo durchgemausert hat, so sollen die bayerischen Einwohnerwehren auf dem Papier verschwinden, um in Gestalt einer legalen Polizeiformation wie der Phönix aus der Asche wieder aufzutauchen. Entsprechend ihrem Zweck, die Ordnung gegen das Proletariat aufrecht zu erhalten, kommt unserer unmaßgeblichen Meinung nach entschieden der Name **Popo** in Frage (politische Polizei). Diese Bezeichnung dürfte jedenfalls auch mit den Empfindungen der Arbeiterschaft jener Institution gegenüber am besten harmonieren.

Kommunistenverhaftung als Vorarbeit für Lohnherabsetzung

Unter der Überschrift „Die kommunistischen Umtriebe" meldet der „Lokalanzeiger" aus Erfurt vom 10. Mai:

Von der Erfurter Kriminalpolizei sind heute vormittag die Führer der Erfurter Kommunisten in Haft genommen worden. Es handelt sich anscheinend um vorbeugende Maßnahmen gegen neue Putschpläne.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Verhaftungen, die sich wahllos auf alle führenden Mitglieder der Kommunisten erstrecken, nichts mit „vorbeugenden Maßnahmen gegen Putschpläne der Kommunisten" zu tun haben, wohl aber mit **Putschplänen der Kali-Unternehmer** in dem betreffenden Gebiet, die schon seit langem eine Herabsetzung der Löhne vorhaben. Die Säuberung des Kalireviers von Kommunisten ist der Auftakt zum wirtschaftlichen Angriff der Unternehmer auf die Arbeiter. Es ist das ureigenste Interesse der gesamten Arbeiterklasse, wenn sie alles zur Vereitelung der Verbrechen unternimmt. Schon die nächste Zeit wird [illegible], daß unsere Auffassung den Tatsachen entspricht.

Die neue Phase des englischen Bergarbeiterstreiks

Nachdem die englischen Bergarbeiter über 40 Tage im Kampfe stehen, nachdem ihre Führer an dem denkwürdigen „schwarzen Freitag" des 7. April das Zustandekommen des Generalstreiks verhindert hatten, schien es, daß der Streik aufs tote Gleis geriet. Triumphierend meldete die internationale Kapitalpresse bereits, der Streik sei im Sande verlaufen, der gesunde Geist, des englischen Volkes habe der bolschewistischen Verseuchung erfolgreich widerstanden. Man hörte weniger von dem Fortgang der Krise. Die bürgerlichen Telegraphenagenturen, die zurzeit des Höhepunkts des Streiks täglich Dutzende von Meldungen in die Welt setzten, verstummten. Seit einigen Tagen hat der zähe, hartnäckige Kampf des englischen Grubenproletariats eine neue Wendung genommen. Die Bourgeoisie gerät in die Defensive. Trotzdem die Gewerkschaftsführer den akuten Ausbruch des Kampfes in Gestalt eines Solidaritätsstreiks der Eisenbahner und Transporter sabotiert hatten, begannen die Folgen des Grubenausstandes immer unheimlicher zu wirken. Tiefer und tiefer spürten die Zechenlords die ungeheure Macht der organisierten Arbeiter. Ihre Märkte auf der ganzen Welt geraten in Gefahr. 25 Millionen Pfund Sterling verloren sie. Neben dem finanziellen Verlust mehrt sich die Gefahr für die Produktion selbst. Unter dem Druck ihrer Ausbeuter sahen sich die Arbeiter gezwungen; eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen, die Pumparbeiten einzustellen. Infolgedessen wurden, wie der Staatssekretär Bridgeman im Unterhaus mitteilte, **bereits 46 Bergwerke vollständig überschwemmt.**

Die Bourgeoisie erschreckt über die ungeheuren Dimensionen der Krise, greift zu Abwehrmaßnahmen. Sie bereitet immer energischer den weißen Schrecken vor. Die Kosten der „militärischen Maßnahmen" der Regierung machen allein wöchentlich 1 Million Pfund Sterling aus. Die Polizeimaschine arbeitet mit Hochdruck In der letzten Woche kam es wieder in verschiedenen Streikgebieten zu **Zusammenstößen mit der Polizei.** In **Bannock** wurden 2 Arbeiter verwundet, 8 Arbeiter verhaftet. Bei Cradley-Heath, Halesowen und Hill of Beath ereigneten sich weitere Unruhen. In Hill wurde die Eisenbahnlinie unbenützbar gemacht. Die Verhaftungskampagne gegen die Kommunisten wird im ganzen Lande fortgesetzt. Gestern wurden in London 8 weitere Genossen verhaftet, darunter der Begründer der kommunistischen Partei Englands. Unter der Arbeiterschaft beginnt eine starke Protestbewegung gegen diese Maßnahmen. Unter der Parole „Lasset die Kommunisten frei!", finden große Volksversammlungen in den verschiedenen Städten statt.

Neben dem Terror ist die Hauptwaffe der Grubenkapitalisten gegen die Arbeiter die **Verwendung von Streikbrechern.** Um die stilliegenden Industriebetriebe mit billigem Brennstoff zu versorgen, werden riesige Kohleneinkäufe mit Frankreich und Deutschland abgeschlossen. Die ausländischen Arbeiter sollen gegen ihre englischen Brüder als Streikbrecher verwandt werden. Hier aber beginnt der Rechenfehler der englischen Bourgeoisie. Ließen sich große Teile der Eisenbahner und Transportarbeiter vom Solidaritätsstreik durch die Machenschaften der Gewerkschaftsbureaukratie abhalten, so weigern sie sich doch mit äußerster Entschiedenheit, an der Niederknüppelung der Bergarbeiter mitzuwirken. **Die Eisenbahner, wie die Dock- und Hafenarbeiter lehnen überall die Beförderung ausländischer Kohle ab. Die vorgestrige Londoner Tagung des Exekutivausschusses der Transportarbeiter hat nunmehr dies Vorgehen gebilligt und sogar die Verweigerung der Beförderung inländischer Kohle in Aussicht genommen.** Das kann angesichts der ungeheuren Kohlenknappheit binnen kurzem zu einer Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs führen. Ein gestriges Communique der englischen Regierung wies auf den ungeheuren Ernst der Lage hin. Aufs neue ist mit dem Ausbruch eines Generalstreiks zu rechnen. 32 Linien des Nationalverbandes der Eisenbahner auf den Ostlinien nahmen bereits eine Resolution an, in der für kommenden Sonntag der Generalausstand proklamiert wird. England steht vor gewaltigen neuen Klassenkämpfen.

Innerhalb der letzten 24 Stunden fanden 3 Kabinettssitzungen in Downing-Street statt, die sich mit der Verschärfung der Kohlenkrise befaßten. Die Regierung „ist fest entschlossen, die Kohlen, koste es was es wolle, transportieren zu lassen."

WTB. meldet: London, 10. Mai: Unter polizeilichem, bzw. militärischem Schutz wurde in London heute von Arbeitswilligen deutsche Kohle, in Yarmouth belgische Kohle und in Glasgow Kohle aus Südwales ausgeladen.

Diese Tatsache ist für die deutschen Arbeiter tief beschämend. Es wäre ein Schimpf und eine Schande ohnegleichen für das deutsche Proletariat, wenn es an der Erdrosselung der kämpfenden englischen Bergarbeiter mitwirken würde. Die deutsche Bourgeoisie verschachert mit Freuden die Kumpels des Ruhrgebiets als Kulis, als Lohndrücker, als Gelbe an die britischen Zechenbarone. Duldet ihr das, Bergarbeiter? Oder hört ihr den Ruf der englischen Brüder, den Ruf der proletarischen Solidarität, den Ruf vor allem eures eigenen, vom Ansturm der Ausbeuter bedrohten Lebensinteresses, der da sagt:

Unterstützt die streikenden englischen Bergarbeiter. Gebt kein Kilogramm Kohle, befördert keinen Waggon Kohle zu ihrer Niederwerfung!

20000 Elektrizitätsarbeiter im Ausstand

T.U. London, 10. Mai.

Nach Aussage des Sekretärs des Londoner Syndikats der Elektrizitätsarbeiter sind 20 000 Mitglieder dieser Gewerkschaft in den Ausstand getreten. In London allein befinden sich 2000 bis 5000 Elektrizitätsarbeiter im Ausstand. Der Streik erfolgte, um sich der Herabsetzung des Lohnes zu widersetzen.

Meutereien in der englischen Armee

Es ist das erste Mal, daß die Kunde größerer Meutereien in der Armee des demokratischen England zu uns kommt. Rote Fahnen sind in der Stadt Aldershot von englischen Truppen gehißt worden. Die Nachricht ist keine „kommunistische Lügenmeldung". Die amtlichen Telegramm Reuters und des Wolffbureaus bringen sie. Was ist geschehen? Nach dem „Daily Mail" nahmen etwa 100 Reservisten an der Meuterei teil. Bereits seit zwei Wochen zeigte sich eine lebhafte Unzufriedenheit unter den Truppen des Verpflegungsdienstes in Aldershot. Da mehrere ihrer Kameraden in Gefängnis geworfen waren, verlangten sie ihre Freilassung. Am Sonnabend abend gingen sie zu lärmenden Kundgebungen über, schleuderten Steine und andere Wurfgegenstände in die Schaufenster eines Cafés und zertrümmerten Laternenpfähle. Die Demonstranten zogen dann unter Führung mehrerer Kameraden, „die sich als Bolschewisten erklärten" (meldet das bürgerliche Blatt), durch die Stadt und „plünderten Läden. (?) Ein Polizeiagent, der eingreifen wollte, wurde mißhandelt. Zahlreiche Zivilisten vereinigten sich mit den Soldaten, die Unruhen dauerten bis Mitternacht fort. Schließlich trafen starke militärische Patrouillen ein, die die Meuterer zerstreuten. Die Stadt wird dauernd von Patrouillen durchzogen.

„Times" meldet noch, daß mehrere Omnibusse umgestürzt wurden. Plötzlich entfalteten die meuternden Soldaten die rote Fahne, bildeten einen riesigen Demonstrationszug und überwältigten mit eisernen Brechstangen die Polizei. Ein Konstabler-Offizier wurde schwer verwundet, die Behörden ließen sofort eine Marinebrigade einrücken.

Offenbar ist diese Meuterei, an der so zahlreiche Soldaten wie Zivilisten beteiligt waren, kein Zufall, sondern lediglich der Ausfluß der starken Gärung unter den englischen Reservisten, über die wir schon mehrfach berichteten. Die vielen Wehrpflichtigen, die in letzter Zeit infolge der bedrohlichen Verschärfung des Bergarbeiterstreiks eingezogen worden sind, wehren sich dagegen, zur Niederknüppelung ihrer streikenden Klassenbrüder mißbraucht zu werden. Sie verlangen — ähnlich wie die französischen Reservisten — rasche und völlige Demobilmachung. Mit der Fortdauer ihrer Zurückhaltung durch die militaristische Regierung Lloyd Georges wird ihre Empörung immer schärfere revolutionäre Formen annehmen. Die große Aktivität der englischen Kommunisten wird diese Entwicklung beschleunigen.

Die Annahme des Ultimatums

Reichstagssitzung vom 10. Mai 1921. 9 Uhr abends.

Nachdem die Plenarsitzung von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde herausgeschoben war, da eine Regierung nicht zustande kam, stellte sich endlich gestern 9 Uhr abends dem Plenum ein **unfertiges Kabinett vor.** Von den bei der Abstimmung über das Ultimatum abgegebenen **397 Stimmen, fielen 221, also ungefähr 55 Prozent für Annahme aus, 175 waren dagegen,** eine Stimmenthaltung.

Zu Anfang der Sitzung ergriff der neue **Reichskanzler Dr. Wirth** das Wort. Unsere Aufgabe in dieser schweren Stunde ist die sofortige Herbeiführung der Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierung. Für unser Reich steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. Es handelt sich darum, das Reich und seine Einheit zu retten, **es vor feindlichen Invasionen zu bewahren,** die deutsche Freiheit zu schützen. (Zuruf der Kommunisten: Mordfreiheit der deutschen Bourgeoisie!) Durch die Annahme des Ultimatums **beseitigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrreviers.** Die Besorgnis, das, mögen wir unterzeichnen oder nicht, es doch einmal zu der Besetzung kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. Die Abstandnahme von Sanktionen insbesondere **die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes bildet die Grundlage der Annahme des Ultimatums.** Wir erwarten, daß in bezug auf Oberschlesien das Ergebnis der Volksabstimmung entscheidend sein werde. Die neue Regierung empfiehlt die Annahme des Ultimatums. (Bravo! bei Zentrum und SPD.)

Abgeordneter **Wels** (Soz.): verliest im Namen seiner Fraktion eine Erklärung: „Die politische Verantwortung der Annahme oder Ausführung des Ultimatums fällt nach unserer Auffassung jenen Parteien zu, **die am meisten (!) zur Verlängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen haben.** (Zuruf der Kommunisten: Ihr habt die Kriegskredite bewilligt!) Befriedigende Zustände wird die neue Regierung nicht herstellen können.

Sie wird dem Volke neue Lasten auferlegen müssen.

Abgeordneter **Trimborn** (Zentrum) gibt eine Erklärung ab: Ob wir die 132 Milliarden Goldmark aufbringen können, wissen wir nicht. Wir sind uns bewußt, daß wir zur Erfüllung dieser Forderungen

uns in unserer Lebenshaltung usw. einschränken und unsere Steuern steigern müssen.

(Zuruf der Kommunisten: Sie nicht!) Sachleistungen werden hinzutreten. Wir versprechen zugleich die Erfüllung der Entwaffnungszusage.

Abgeordneter **Stresemann** (D.Vp.): Die Durchführung des Ultimatums bedeutet die Vernichtung der deutschen Wirtschaft. Die Entwaffnungsforderungen sind unvereinbar mit dem Friedensvertrag. Die Annahme des Ultimatums bewahrt uns nicht vor neuen Vergewaltigungen. Wir haben noch keine Zusicherung erhalten, daß Oberschlesien uns bleibt. Wir lehnen das Ultimatum ab.

Abgeordneter **Hergt** (DN.): Im Auswärtigen Ausschuß waren alle **Parteien der Meinung, daß die Verpflichtungen unerfüllbar sind.** Nach Annahme kann gar **keine Rede mehr sein vom Achtstundentag und allen anderen wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahre.**

Um Oberschlesien zu retten, verlangen wir eine erlösende Tat. Wir können die Entwaffnung nicht durchführen. Gegen die angeblichen Kriegsverbrecher sind keine Beweise da. Besser wäre der einmütige Widerstand Deutschlands gewesen.

Abgeordneter **Ledebour** (USP): Die Ablehnung des Ultimatums würde katastrophale Folgen für die deutsche Wirtschaft haben, da Ruhrgebiet und Oberschlesien verloren gehen würde. Die Lieferungen werden die Lebenshaltung des deutschen Volkes untergraben, das Wirtschaftsleben der Entente und der Neutralen zerrütten. Dadurch wird die Arbeiterschaft der Ententeländer zur Erkenntnis von der Notwendigkeit der Umgestaltung des Friedensvertrages gelangen. Der internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen werden **durch ihre Kämpfe die herrschenden Klassen zu einer Aenderung ihrer Gewaltpolitik nötigen. Die Annahme des Ultimatums ist das kleinere Uebel.** Der Reichskanzler hat von der deutschen Freiheit gesprochen. **Wir verlangen als erste Tat der Regierung eine völlige Amnestie für alle politisch Verurteilten, Aufhebung des infamen Ausnahmezustandes und der Sondergerichte.**

Abgeordneter **Dr. Haß** (Dem.): Zwar war ein großer Teil der Mitglieder meiner Fraktion gegen die Annahme, wir haben uns aber entschlossen, die neue Regierung zu unterstützen.

Abgeordneter **Koenen** (Komm.): (Die Bürgerlichen verlassen den Saal). **Der gewesene Außenminister Simons hat in einer Rede in Karlsruhe erklärt, die Pariser Beschlüsse könne eine Regierung nur annehmen, wenn sie entweder auf einen Konkurs Deutschlands oder auf den politischen Umsturz Europas hinarbeitet. Die alte Koalition, die jetzt wiederkehrt, hat seit Versailles nichts zur Behebung der Not des deutschen Volkes getan. Der Reichskanzler sprach kein Wort zur Frage der Entwaffnung, zur Aburteilung der Kriegsverbrecher und zur Zahlung der Milliardensummen. Die Mehrheitssozialisten machen sich wieder zum Büttel des Kapitalismus. Die unabhängigen Sozialdemokraten, Pazifisten in Reinkultur, verlangen voll Mißtrauen zur Weltrevolution, daß das ausländische Proletariat für uns kämpfe, tun aber in den eigenen Reihen nichts. Auch wir fordern Amnestie für die politischen Verbrecher, Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Sondergerichte. Keine Partei hat solche aktive Hilfe im Ausland zu verzeichnen, wie wir Kommunisten. In Frankreich führen unsere Genossen mit Taten den Kampf gegen den Imperialismus. Ebenso in England. In Sowjetrußland sehen wir einen Bundesgenossen, da sehen wir aufbauende Arbeit. An dem Aufstand in Oberschlesien sind die Aussperrungen und die Ausbeutung der deutschen Kapitalisten schuld. Die Parteien der dritten Internationale plärren und weinen nicht, wie die der zweiten und zweieinhalb, sondern arbeiten auf die Revolution hin. Nur die Deutsche Sowjetrepublik im Verein mit der russischen kann die Revolution in den Ententestaaten auslösen.**

Es folgt die Verlesung der Erklärung, die wir in der Beilage unserer heutigen Nummer abdrucken. Folgt Abstimmung.

Reichstagssitzung vom 11. Mai, 2 Uhr nachmittags

Als erster Punkt wurde nach einer Debatte der Antrag auf die Wahl eines vierten Vizepräsidenten für die Dauer der gegenwärtigen Session einstimmig angenommen. Gewählt wurde Abg. Rießer (D. Vp.).

Dann wurde in zweiter und dritter Lesung der Nachtrag zum Reichshaushaltsplan (Beamtenbesoldung) angenommen. Für unsere Partei vertrat Genosse Plettner die Forderung, sich nicht durch den Regierungsvertreter einschüchtern zu lassen und die Anträge anzunehmen, die auf die

Beseitigung der Ergänzungsprüfungen für die Beamten

und für Assistenten beim Aufrücken in Sekretärstellen hinauslaufen. Ebenso wie die neuen Minister eine Prüfung nicht ablegen müssen, ebenso sollen auch die Beamten nur auf Grund ihrer Fähigkeit ohne Prüfungen aufrücken können. Nach Ablehnung der weitergehenden Anträge wurden die Anträge Schiffer (Dem.) und Bruhn (Dn.) angenommen. Die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz gehen an den Besoldungsausschuß.

Es folgt die Debatte über den Antrag der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien auf Preissenkung für Zeitungsdruckpapier und Subventionierung der deutschen Presse während der Uebergangszeit von der gebundenen zur freien Wirtschaft für die drei Monate April bis Juni 1921 mit 6 Millionen Mark monatlich und über den Antrag der USP. auf Sozialisierung des Papiergewerbes. In der Debatte zeigt sich, daß die Papierpreise zum Nutzen einer kleinen Anzahl von Industriellen noch immer gesteigert werden, während die Gestehungskosten gleich bleiben oder sogar fallen, während die Papierindustriellen ungeheure Profite einheimsen, so daß sie nicht mehr wissen wohin damit. Die Zeitungen werden zu Nebenbetrieben großer Unternehmungen. Selbstverständlich wurde der Antrag auf Sozialisierung abgelehnt und die sozialdemokratischen und bürgerlichen Anträge, die den Papierindustriellen nicht im geringsten weh tun, angenommen.

Der interessanteste Teil war die Debatte über die Tagesordnung der morgigen, letzten Reichstagssitzung vor Pfingsten. Die Deutschnationalen, die sich nicht entblöden, jetzt als eifrige Verfechter des Parlamentarismus aufzutreten, verlangten für morgen als ersten Punkt der Tagesordnung die Entgegennahme der

programmatischen Erklärung der Regierung.

Nachdem Präsident Löbe bekannt gab, daß die noch immer nicht fertige Regierung dazu nicht fähig sei, sprang

Ledebour an Seite der Regierungspartei für die Regierung in die Schanze und sprach sich gegen diesen Antrag aus.

Die USP., die die Rolle der Priesterin des Parlamentarismus von der SPD. übernommen hat, seitdem diese gleich den Bürgerlichen das Parlament nur solange benützen, als es im Interesse des Kapitalismus lag, gerät in dieselben Fußstapfen wie die Sozialdemokraten Ledebour führte aus, daß die Regierung, da sie noch nicht fertig sei, das Programm vor den Pfingstferien nicht vorlegen könne.

Genosse Hoffmann trat ihm selbstverständlich entgegen und machte ihm klar, daß die Regierung schon bei ihrer Bildung, auch wenn sie noch nicht fertig sei, ein Programm haben müsse und es den vollkommenen Bankrott des Parlamentarismus bedeute, daß eine Regierung, die gestern gebildet sei, morgen noch nicht dem Parlament sagen könne, was sie zu tun beabsichtige. Da Ledebour bei seiner Rolle als freiwilliger Regierungskommissar beharrte, zogen die Deutschnationalen ihren Antrag zurück und die Regierung braucht mit Einverständnis der USP. dem Parlament nicht zu erklären, was sie tun will.

Von unseren Genossen wurde der an anderer Stelle abgedruckte Antrag auf allgemeine Amnestie usw. eingereicht mit der Forderung, ihm die Dringlichkeit zuzuerkennen und ihn auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Ebenso brachten die Unabhängigen dahingehende Anträge ein. Für unsere Partei vertrat Genosse Hoffmann die Forderung. Nach dem Kapp-Putsch erfolgte die Gewährung der Amnestie sehr schnell. Wir erwarten, insbesondere, da der Kappsachverständige Schiffer als Justizminister in der Regierung sitzt, daß es auch diesmal so schnell gehen werde. Eigentlich hätte die Regierung den Antrag selbst einbringen müssen. Für die Dringlichkeit stimmten außer den Unabhängigen die Sozialdemokraten, deren Redner Müller in seinen Ausführungen sachlich zuerst gegen die Dringlichkeit sprach, obwohl er sich schließlich formell dafür erklärte. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und sozialdemokratischen Parteien abgelehnt, so daß er erst nach den Pfingstferien zur Verhandlung kommt. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

Oberschlesien vor dem Landtag

Landtagssitzung vom Dienstag, den 10. Mai 1921.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde mitgeteilt, daß **der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages die vom Justizminister beantragte Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung und zur Inhaftnahme des Abg. Scholem (Komm.) und des Abg. Schneider (Komm.) erteilt hat.** Der Antrag des Abg. Leid (US.) auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Otter-Bochum wegen Uebertretung wurde angenommen.

Der ganze Verlauf der Sitzung war vom reaktionären Geiste getragen. Auf eine Anfrage der Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.), ob dem Staatsministerium die 1920 erschienene Neuauflage des Lesebuchs der Rheinprovinz mit ihren völlig veralteten politischen Darstellungen des „Kaiserreichs Deutschland" und des „Königreichs Preußen" bekannt sei, teilte ein Regierungsvertreter mit, daß es sich nicht um eine Neuauflage, sondern lediglich um einen Neudruck (?) handele. Die hier von den Sozialdemokraten gemimte Empörung ist insofern eitel Spiegelfechterei, als die Neuauflage 1920 erschienen ist, also zu einer Zeit, da die Sozialdemokraten erheblichen Einfluß auf die Staatsgeschäfte hatten.

Die nun folgende **namentliche Abstimmung über die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten und die Erhöhung der Besoldung für katholische Geistliche ergab eine Annahme des Antrags mit 210 gegen 131 Stimmen.** Die Empörung der Kommunisten darüber brachte dem Genossen Schulz einen Ordnungsruf ein. In der Debatte über den Antrag Kloft (Ztr.) über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Erhebung von Nachtragsumlagen durch Gemeinde und Gemeindeverbände erklärt unser Genosse König, daß die Kommunisten gegen den Antrag stimmen werden. Der Antrag wird dem Gemeindeausschuß überwiesen.

In der nun folgenden Aussprache über den oberschlesischen Aufstand stellt sich zuerst, wie immer, bisher der Sozialdemokrat Braun hinter die deutschen Nationalisten. Alle Scheinangriffe gegen die Rechte können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.

Genosse Schulz-Neukölln:

Die Versuche des Herrn Braun, die Politik der Kommunisten mit der Politik der Herren von rechts in Verbindung zu bringen, sind ein so grober Unfug, daß man ihn von einem früheren Ministerpräsidenten nicht hätte erwarten sollen. Auch wir sind uns darüber klar, daß das was

Korfantys macht, nationalistische Mache ist. Aber es ist unbestreitbar, daß in Oberschlesien starke soziale Gegensätze vorhanden sind, die den nationalistischen Rummel sehr bald niederrennen können. Die SPD. hat gemeinsam mit den Deutschnationalen in Oberschlesien einen Abstimmungsrummel entfacht, der zur Verstärkung der nationalistischen Tendenzen beigetragen hat. Diejenigen, die heute sagen, daß oberschlesische Vorkommnis sei sehr bedeutungsvoll für das deutsche Volk, haben vor wenigen Tagen das Gegenteil erklärt und die Besprechung dieser wichtigen Dinge hier unterbunden. Die falschen Berichte, die hier von Regierungsseite abgegeben worden sind, waren die Fortsetzung einer Hetze, die in der Presse der Deutschnationalen getrieben wurde. Und heute kann man sagen, daß für all diese Greuelmeldungen nicht der mindeste Beweis erbracht worden ist. Es ist dieselbe Art der Berichterstattung, wie sie zum Zwecke nationalistischer Verhetzung während des Krieges geübt wurde.

Der Untergrund der oberschlesischen Vorgänge ist sozial. Die Abstimmungshetze war kaum vorüber, da kündigten die Unternehmer in Oberschlesien an, daß sie die Arbeitszeit verlängern würden und daß sie den Lohn herabsetzen würden. Dieses Verlangen der oberschlesischen Unternehmer hat auf der Gleiwitz-Grube zu einem Ausstand der Arbeiter geführt, der dadurch kompliziert wurde, daß auch Maßregelungen versucht wurden. Ebenfalls wandte sich eine Betriebsrätevversammlung der Bismarck- und Falvorhütte vom 31. März d. J. gegen diesen Angriff des Unternehmertums und forderte die Produktionskontrolle, die Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Der Aufruf der Arbeiter der Gleiwitzgrube zur Solidarität an die Arbeiter der anderen Betriebe führte dazu, daß von 68 Gruben die Arbeiter von 50 Gruben ihre Solidarität aussprachen. **Es kam zu einer Streikbewegung, in der von 12 Gruben sofort der Streik proklamiert wurde.** Das zeigt, daß in der Tat **die Dinge in Oberschlesien nicht rein nationalistisch** sind, sondern daß sie zum Teil **ein sozialer Kampf** sind, der ausgenutzt wird einerseits von den polnischen Nationalisten und andererseits ausgenutzt werden soll von den deutschen Nationalisten.

Für uns ist **das Wichtigste und Entscheidende, daß die Arbeiter polnischer und deutscher Nationalität einig sind in dem Kampfeswillen gegen das Unternehmertum.** Das zeigte sich in Zaborze, wo sich die Arbeiterschaft beider Nationalität gefunden hat gegen die Unternehmer, zeigte sich darin, daß die Räte dieser Arbeiter Fühlung genommen haben mit den Arbeitern einer ganzen Anzahl anderer Betriebe. Die Forderungen, die aufgestellt wurden, sind rein wirtschaftlicher Natur. Die Forderungen der Arbeiter der Gleiwitzgrube, die in 11 Punkten formuliert wurden, sind: **Regelmäßige Lohnzahlungen, Aufbesserung der Ordinarlöhne, Lieferung von Altholz zur Beheizung, das Unterbleiben der geplanten Heraufsetzung der Schlafhausmiete, die von 9 Mark auf 45 Mark erhöht werden soll.** Das sind Dinge, die den Arbeitern vor dem Abstimmungsrummel nicht gesagt worden sind.

Die oberschlesische Arbeiterschaft ist zu ihren Forderungen um so mehr berechtigt, als die dortige Industrie die ungeheuerlichsten Profite aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden hat. Ein Auszug aus dem Geschäftsbericht der Königs- und Laurahütte ergibt einen Rohgewinn von etwa 60 Millionen Mark bei einem Grundkapital von 54 Millionen Mark. Die bekannte Schiebermanier, diesen Gewinn zu verstecken, ergab nach außerordentlichen und ordentlichen Abschreibungen einen Reingewinn von 49 Millionen Mark. Trotz dieser riesenhaften Gewinne ist ein Attentat auf die Arbeiterschaft begangen worden, indem die Arbeitsbedingungen ungeheuer verschlechtert werden sollten. Die gleichfalls versuchte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Landarbeiterschaft führte dazu, daß auch diese in die Bewegung hineingezogen wurden. In Oberschlesien ist ungefähr die Hälfte des gesamten Grund und Bodens im Besitz von 54 Herren, die die Ausbeutung der Landarbeiter nach demselben Muster wie die Industriebarone betreiben. Diesen 54 Grundherren stehen gegenüber 58 000 Kleinbesitzer, die je nur etwa 2 Hektar, und 38 000 Kleinbesitzer, die je etwa einen halben Hektar besitzen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich eine ungeheure Zuspitzung der Klassengegensätze in Oberschlesien. Und wenn sich da Landarbeiter und Kleinbesitzer im Kampfe gegen die Großgrundbesitzer zusammenfinden, ist das durchaus zu begrüßen, zumal auch die Großgrundbesitzer in den oberschlesischen Gebieten durch Pachtwucher die Pächter aufs stärkste ausbeuten.

Wenn heute geklagt wird, daß die polnischen Nationalisten den Polen mit Waffen versehen werden, so muß daran erinnert werden, daß zur Zeit des polnisch-russischen Krieges diese **Waffen von Deutschland nach Polen** verschoben worden sind. Dagegen haben weder die bürgerlichen Parteien etwas unternommen, noch hat das de- und wehmütige Gesuch der SPD. an die Interalliierte Kommission etwas daran ändern können. Den kapitalistischen Profitmachern war die Hauptsache, daß sie ihr Geschäft gemacht haben. Und dafür opfern sie das Leben der deutschen Arbeiterklasse skrupellos. Heute werden dieselben Waffen von Polen nach Oberschlesien verschoben. Diese Folge ihrer eigenen Handlungsweise gefällt den deutschen Kapitalisten nicht. Die oberschlesischen Proletarier haben aber darum gar keine Ursache, diesem übelsten Prozentpatriotismus irgendwie Gefolgschaft zu leisten. Sie müssen unter Führung ihrer politischen Räte den Kampf in Oberschlesien von allen nationalistischen Hemmungen freimachen und ihn gegen die deutschen und polnischen Industriebarone und Großagrarier in der rücksichtslosesten Weise aufnehmen. Darin müssen sie von dem gesamten deutschen Proletariat unterstützt werden. Gegen die neue Kriegshetze, die in Deutschland entfacht worden ist, muß sich das Proletariat auf das Entschiedenste wenden, muß aus den oberschlesischen Dingen lernen, daß der Kampf des Proletariats ein sozialer Kampf ist zur Ueberwindung des Kapitalismus, in welcher nationalistischen Form verkleidet er immer dem Proletariat entgegentreten mag.

Die folgenden Reden der bürgerlichen Abgeordneten waren die üblichen nationalistischen Hetzereien, das Arbeiten mit unbewiesenen Tatsachen. Lediglich der Vertreter der Unabhängigen, der Abg. Kabold, wandte sich gegen die vereinigten Nationalisten, von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten, sah aber dabei keine andere Lösung, als die Phrase von der Völkerverständigung.

Gegen die Stillegung der Bergwerke

Landtagssitzung vom Mittwoch, den 11. Mai 1921.

Die gestrige Sitzung des preußischen Landtages brachte zuerst die Fortsetzung der Debatte über Oberschlesien. Nachdem sich der Abgeordnete Beyer (Zentrum) gegen das Vorgehen der Franzosen in Oberschlesien gewandt hatte, erhielt unser Genosse Ernst Meyer das Wort.

Das, was hier von den bürgerlichen Parteien vorgebracht worden ist, entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Wenn heute über angebliche Greueltaten der Polen von seiten der Deutschnationalen Entrüstung erheuchelt wird, so erinnern wir daran, was die Parteiorgane der Rechten geschrieben hat, als unsere in Polen gebürtige Reichstagsfrau Rosa Luxemburg auf Veranlassung und unter Mitwirkung von deutschnational gesinnten Offizieren von einem verirrten Husaren erschlagen worden ist, erinnern wir daran, wie gerade die Vertreter dieser Partei sich noch vor kurzem benommen haben, als hier über die Ermordung meines Parteifreundes Sälli verhandelt wurde. Es steht fest, daß kurz vor dem Aufstand soziale Kämpfe in Oberschlesien bestanden haben. In einem Flugblatt der Kommunistischen Partei Oberschlesiens vom 3. Mai, wird darauf hingewiesen, und gegen die Sozialpatrioten, der PPS., der SPD. und auch der USPD-Leute polemisiert, die versuchen, diesen sozialen Konflikt in einen nationalen umzufälschen, um die Arbeiter zu bewegen, von der Fortsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen Abstand zu nehmen. Die Vorgänge am 1. Mai in Oberschlesien, die eine starke Beteiligung der Arbeiter beider Nationalitäten an den Maiumzügen der Kommunistischen Partei brachten, zeigten ebenfalls die sozialen Tendenzen in dem oberschlesischen Aufstand.

Wir wissen, daß die Reichswehr mobilisiert worden ist, daß vor und nach dem Aufstande Truppenverschiebungen nach der oberschlesischen Seite vorgenommen worden sind, und daß auch somit Freiwilligentruppen gebildet wurden. Die Arbeiter haben es mit Recht abgelehnt, von der Orgesch beschützt zu werden. Sie haben sich selbst bewaffnet und werden den Schutz, den sie für notwendig halten, selbst ausüben. Bezeichnend ist, daß sowohl in Schlesien wie im übrigen Reich die Behörden alles tun, um die Presse zu unterdrücken, die nicht nationalistisch ist. Die Königsberger Rote Fahne ist seit Wochen verboten. In Breslau ist unser Parteiblatt, die Schlesische Arbeiterzeitung, unterdrückt, während die bürgerlichen Zeitungen unbehindert zum Kriege gegen Polen auffordern. Oberschlesien gehört weder den deutschen noch den polnischen Kapitalisten, sondern den deutschen und polnischen Arbeitern Oberschlesiens!

In der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltung erklärt sich unser Genosse Killian gegen den Gesetzentwurf. Nach den Ausführungen verschiedener anderer Redner wird das Gesetz in weiter und dritter Lesung gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

Es folgt die große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die Still-Legung der Zeche Maximilian bei Hamm. Der Abgeordnete Osterroth (SPD.) schildert die Vorgänge auf der Zeche Maximilian, die zur Kündigung von etwa 800 Arbeitern mit dreitägiger Frist führten. Die geltenden Verordnungen über Stillegung von Betrieben wurden nicht beachtet. Die Anlagen, Maschinen usw. sollen auf Abbruch verkauft werden. Die Sozialdemokraten stellen den Antrag, der Landtag soll das Staatsministerium ersuchen, die Stillegung der Zeche zu verhindern, die Stillegung von Bergwerksunternehmungen von der Zustimmung der Bergbehörden abhängig zu machen und weiter bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß bei der Stillegung die Enteignung des Unternehmens ohne Entschädigung zugunsten des Staates erfolgt.

Nachdem der Oberberghauptmann Allmann verschiedene Bedenken gegen die sozialdemokratischen Anträge geäußert hatte, folgt die Besprechung, in der die bürgerlichen Vertreter die Stillegung der Maximilianzeche als eine Notwendigkeit darstellen. Der Unabhängige Otter erklärt sich für die sozialdemokratischen Anträge und schildert die Ursachen der Wassereinbrüche auf der Maximilianzeche, die in der Stillegung der Pumpwerke während der Kriegszeit zu suchen sind.

Genosse Lebedour:

Es ist ein Schlag ins Gesicht der heutigen Regierung und auch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß wir uns heute befassen mit uns vor einigen Tagen auf der Arbeitslosenfrage beschäftigt haben, damit befassen müssen, die Stillegung einer Zeche zu verhindern. Man hat den Betrieb während des Krieges ersaufen lassen, weil er nicht genügend Dividende gebracht hat. Nach einer Zuschrift, die mir zugegangen ist, hat der Bergleiter der Zeche gesagt, daß man in einem Jahre schon mit der Kohlenförderung beginnen könnte, so daß in rund anderthalb Jahren 4000 bis 5000 Arbeiter dort beschäftigt werden können. Derselbe Werksleiter erklärte, daß die Stillegung der Zeche Maximilian nichts anderes sei, als ein Finanzmanöver. Wenn heute die Sozialdemokraten von der Stillegung der Zeche als einem Skandal reden, so muß gesagt werden, daß es ein Skandal ist, daß die frühere Regierung bis heute noch nichts gegen diese Unternehmerwillkür getan hat. Gegen den Bergarbeiterstreik im April 1919 für die Sozialisierung des Bergbaues sind es die Freunde der SPD. gewesen, die mit Kanonen und Maschinengewehren die Bergarbeiter niederschlugen. In großen Flugblättern haben sie damals gesagt, „die Sozialisierung des Bergbaues ist da!" Heute kommen sie hier ganz kleinlaut und müssen zugeben, daß alles Lug und Schwindel gewesen ist.

Nachdem noch ein Demokrat und nochmals der Sozialdemokrat Osterroth gesprochen haben, wird die große Anfrage dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Der Präsident Leinert schlägt nunmehr vor, sich zu vertagen und die nächste Sitzung am 31. Mai abzuhalten. Unser Genosse Geschke wendet sich dagegen und beantragt, am Donnerstag weiter zu verhandeln. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, Donnerstag keine Sitzung abzuhalten.

Den Sozialdemokraten ist durch die Regierungsneubildung im Reich auch in Preußen wiederum das Gelüst nach den Ministersesseln gekommen. Das kommt auch im Vorgehen des Sozialdemokraten Braun zum Ausdruck. Indem er sich auf eine Pressenotiz über eine Erklärung Stegerwalds über eine Regierungsbildung in Preußen bezieht, beantragt er, den Zusammentritt des Landtages auf den 24. Mai festzusetzen. Unser Genosse Geschke verlangt allerdings aus ganz anderen Gründen den Zusammentritt des Landtages für den 20. Mai. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des 20. Mai gegen die Stimmen der Kommunisten und ebenfalls die Ablehnung des 24. Mai als Tag des Zusammentritts gegen die Stimmen der SPD., USP. und VSPD. Es bleibt bei dem Vorschlag des Aeltestenrats, die nächste Sitzung am 31. Mai abzuhalten.

Das oberschlesische Proletariat kämpft weiter

(W.T.B.) Oppeln, 10. Mai.

Die Lage in Oberschlesien hat sich nach den Meldungen, die bis zum 10. Mai abends in Oppeln vorlagen, dadurch verschlimmert, daß nunmehr die Aufständischen, nachdem sie Verstärkungen erhalten haben, einen Angriff auf das westliche Oderufer vorbereiten. Die Städte Ratibor und Cosel sind besonders bedroht. Seit heute nachmittag 3 Uhr war mit Cosel eine Verbindung nicht mehr zu erhalten. Der Hafen von Cosel ist heute von den Aufrührern bereits besetzt worden, denen größere Mengen von Lebensmitteln in die Hände fielen. Bei den Kämpfen um Kandrzin haben die Aufrührer Artillerie (?) verwendet. Auch einige Ortschaften in der Nähe von Kandrzin sind heute von den Insurgenten mit Artillerie beschossen worden. Gogolin bei Kandrzin wurde heute von den Polen besetzt. Die Arbeitsaufnahme in einzelnen Betrieben hat mit einer Entspannung der Lage nichts zu tun. Die Wiederkehr gesetzmäßiger Zustände muß durch andere Mittel (!) herbeigeführt werden. Die Lage in den einzelnen Gebieten ist sonst wenig verändert. Aus Tarnowitz wird eine sehr starke Lebensmittelknappheit gemeldet. Alt-Rosenberg mußte von den Aufrührern heute wieder geräumt werden.

Der Feuerbrand ist noch im Wachsen. Der wichtige Oderhafen von Kosel ist weiter in der Hand der Aufständischen. Große Mengen von Lebensmitteln, so 40 000 Zentner Mehl, sind ihnen in die Hände gefallen. Ein Heeresbericht der Insurgenten teilt mit, daß bei den Kämpfen um Pogozelletz und Birawa deutsche Reichswehrabteilungen festgestellt worden sind. Trotz der Ableugnung des WTB. erscheint dies glaubwürdig. Berichten doch auch andere ausländische Zeitungen, wie der „Daily Expreß" aus Oppeln, daß 20 000 Deutsche unter dem Kommando von Offizieren in Zivil mit einem in Breslau zusammengestellten Panzerzug mit Munition 5000 Rebellen aus der Stadt Kreuzburg vertrieben haben, die jetzt wieder von Polen besetzt ist. Klar geht daraus hervor, daß die deutschen Orgeschbanden immer aufs neue den Versuch machen, den Krieg heraufzubeschwören. Der bekannte Orgeschführer, Prof. Kleinwächter, wurde in Hindenburg, wo er Kampftrupps organisierte, verhaftet. Wie lange dulden die deutschen Arbeiter noch, daß die weißen Mörderbanden den immer mehr aus einem Nationalkampf zu einer Klassenerhebung werdenden Aufstand des oberschlesischen Proletariats niederhartätschen?

Teile der Ententemilitaristen erkennen das gut. Ihnen beginnt der Kampf unheimlich zu werden. Darum „treten sie mit voller Energie zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung auf". Nicht nur die Besorgnis der englischen und italienischen Bourgeoisie, Sinnesdeutschland könne durch den völligen Verlust der oberschlesischen Bodenschätze unfähig werden, die ihm abverlangten Milliardenzahlungen zu leisten, veranlaßt sie, ihre Soldaten auf die oberschlesischen Arbeiter feuern zu lassen, sondern die starke Furcht vor dem zunehmenden Klassencharakter der Bewegung. Der Pariser Botschafterrat hat an die alliierten Gesandten in Warschau eine Erklärung gesandt, in der es heißt:

„Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, die letzten Ereignisse ernstlich ins Auge zu fassen. Die Botschafter fordern, öffentlich und kategorisch die Aufständischen zu desavouieren und die Schuldigen und Aufständischen auf ihre Verfehlungen hinzuweisen, und die strengsten Maßnahmen zu ergreifen, um jede Verbindung mit den schlesischen Agitatoren rundweg abzuschneiden.

Wenn tatsächlich polnische Elemente, die organisiert sind, großen Schaden anrichten und versuchen,

an dem Eigentum der Oberschlesier sich zu vergreifen,

dann würden die alliierten Regierungen sich verpflichtet fühlen, die polnische Regierung für jeden Schaden geldlich verantwortlich zu machen."

Diese Furcht vor einer Gefährdung des „Eigentums der Oberschlesier", deutlicher gesprochen: des Eigentums der Grubenkapitalisten, der Landjunker, des heiligen kapitalistischen Eigentums durch die Rebellen, die die Direktoren und Gutsbesitzer davongejagt haben, ist es, die die englischen und italienischen Generäle in eine Front mit ihren deutschen Todfeinden bringt. Dafür müssen die Ententesoldaten bluten. Eine weit geringere Handlungsfreiheit hat die französische Bourgeoisie. Ihr sind die Hände gebunden. Einerseits sieht sie voll Angst auf den proletarischen Aufstand. Andererseits aber, und dies Moment überwiegt, sieht sie nicht ungern den Stoß in die Flanke der deutschen Bourgeoisie, den Druck auf den nur widerspenstig gehorchenden deutschen Milliardenschuldner. So unterstützt Frankreich die Erhebung, soweit sie nationalistisch ist, bekämpft sie, soweit sie proletarisch ist. Schießen einerseits auch französische Maschinengewehre auf oberschlesische Arbeiter, so hat andererseits der General Lerond gestern mit Korfanty Verhandlungen geführt, in denen er ihm eine für die polnischen Nationalisten überaus günstige Demarkationslinie von Oderberg längs der Oder über Ujest (Kreis Großstrelitz), Tost (Kreis Gleiwitz), und Guttentag bis zur polnischen Grenze zugestand. Demnach erhielte Korfanty u. a. Pleß, Rybnik, Gleiwitz, Beuthen, Knurow, Königshütte, Tarnowitz, Hindenburg. Die oberschlesischen Proletarier rechts der Oder fallen an die deutschen Blutsauger, die links der Oder an die polnischen Ausbeuter verschachert werden.

Wie stellen sich die oberschlesischen Proletarier, die deutschen und polnischen, dazu? Sie kämpfen beiderseitig weiter. Sie ringen gegen ihre Bedrücker. Mögen alle bürgerlichen und menschewistischen Blätter abstreiten, daß sie einen Klassenkampf und keinen Rassenkampf führen. Die Tatsachen sprechen dagegen. Bereits am 4. Mai erließ das Exekutivkomitee des Zaborzer Arbeiterrates den folgenden Aufruf, den alle deutschen Blätter ihren Lesern unterschlagen haben:

Arbeiter! Brüder! Genossen!

Wir, Betriebsräte und Delegierte von den Gruben des Zaborzer Kreises kamen heute zusammen, um über die letzten Ereignisse zu beraten und die Arbeitersache in unsere eigenen Arbeiterhände zu nehmen. Wir haben den Zaborzer Arbeiterrat gegründet und ein Exekutivkomitee gewählt.

In unserem Rat sitzen Arbeiter, sowohl von den polnischen wie von den deutschen Organisationen, und so wurde der ganzen Arbeiterschaft Oberschlesiens ein Beispiel gegeben, wie sich Proletarier auf der gemeinsamen Kampffront gegen ihre Ausbeuter vereinigen sollen.

Der Zaborzer Arbeiterrat beschloß: Die Gruben zu besetzen und die Ausübung der Produktionskontrolle durch die Arbeiter einzuführen.

Alle leerstehenden Wohnungen für Obdachlose zu besetzen und den Schutz der Witwen, Waisen und Opfer des imperialistischen Krieges zu übernehmen.

In der Umgebung die revolutionäre Ordnung durch organisierte Arbeiter aufrecht zu erhalten.

Inzwischen gelangen zu uns Nachrichten, über die Einführung des Belagerungszustandes durch die Okkupationsbehörden. Schon droht man dem Arbeiter mit standrechtlicher Erschießung für Waffenbesitz. Wir können das nicht zulassen! Wenn der Arbeiter einmal die Waffe ergriffen hat, erlaubt er nicht, sie wegzunehmen. Man muß aber darauf achten, daß diese Waffe zum Nutzen des arbeitenden Volkes verwendet wird und dies wird nur dann möglich, wenn in ganz Oberschlesien solche Arbeiterräte wie in Zaborze gegründet werden.

Wir fordern alle Arbeiter auf, unserem Beispiel zu folgen.

Gründet überall Arbeiterräte!

Besetzt die Gruben, Hütten und Werkstätten!

Führt die Produktionskontrolle ein!

Gründet überall eine Arbeitermehr unter Kontrolle der Arbeiterräte!

Schickt Delegierte zum Betriebsrätekongreß, welcher am Sonntag, den 8. Mai, 10 Uhr vormittags, in Zaborze bei Grüneberger stattfindet!

Arbeiter! Deutsche und Polen! Tretet wie ein Mann auf gegen die Front des Klassenkampfes!

Es lebe die Brüderlichkeit der oberschlesischen Arbeiter, die sich gegen das kapitalistische Joch erhoben haben!

Das Exekutivkomitee des Zaborzer Arbeiterrates.

Die Betriebsräte der Königin Louise-, der Wolfgang- und Graf Franz-Grube, der Kraftwerke OEW., der Rudaer Kokswerke Georg, Hermann, Ost und West.

Zaborze, den 4. Mai 1921.

Wegen dieses von der Kampfentschlossenheit der oberschlesischen Arbeiter gerade in den polnischen Bezirken zeugenden Aufrufes des Zaborzer Arbeiterrates ist die oberschlesische „Rote Fahne" verboten worden. Schlagend widerlegt das die niederträchtigen Verleumdungen der Hilfer Dinge, daß die Kommunisten den Nationalistenputsch Korfantys unterstützen. Schlagend zeigt es aber auch, daß der Kampf der oberschlesischen Arbeiter ein revolutionärer ist, den das deutsche Proletariat, von den gleichen Nöten bedrängt, von den gleichen Feinden gefesselt, mit ganzer Energie, mit brüderlicher Solidarität stützen und schirmen muß.

Breslau in Kriegsbereitschaft

Die Vorgänge in Oberschlesien machen sich auch in Breslau bemerkbar. Schon seit acht Tagen wimmelt es in den Hotels, Straßen und Kaffeehäusern von allerlei dunklen Orgeschgestalten. In Breslau sollen sich 6000 ehemalige Offiziere aufhalten, die das Organisationsgerippe für den bewaffneten Aufstand des Bürgertums bilden sollen. Zu gleicher Zeit sind über 100 Leiter der Organisation Escherich in Breslau eingetroffen, die das Kommando übernehmen sollen. In den Restaurants und Cafés werden nationalistische Lieder gesungen und Ansprachen gegen die Polen gehalten.

Ganz offen wird zu den Waffen gerufen und zum bewaffneten Widerstand. Die gegenwärtige Situation wird mit dem Befreiungskriege verglichen, der ja auch von Breslau aus seinen Anfang genommen habe.

In den Straßen Breslaus werden aus fahrenden Autos Flugblätter geworfen, die ganz im Geist von 1914 abgefaßt sind. Alles Parteigezänk sollte man beiseite lassen und angesichts der das „Vaterland" bedrohenden Gefahr nicht erst lange verhandeln, sondern sofort handeln. Studenten und junge „vaterlandsliebende" Männer werden zu den Waffen gerufen, um dem bedrohten Oberschlesien zu Hilfe zu eilen. Mit der Forderung nach einem starken Diktator, der das deutsche Volk zum Siege führen müsse, schließt das Flugblatt, das keinerlei Unterschrift trägt.

Die Sozialdemokraten, die in Schlesien unter der Führung Löbe steht und sich für ganz besonders radikal hält, schweigt angesichts der offenen Kriegshetze der Reaktionäre noch immer, obwohl gerade hier in Breslau die Betriebsobleute einstimmig einen Beschluß gefaßt haben, sofort zum Proteststreik zu greifen, sobald es in Oberschlesien zu kriegerischen Verwicklungen kommen werde. Das gegenwärtige Verhalten der Sozialdemokratie zeigt erneut, was die Arbeiter von solchen radikalen Gebärden dieser Partei zu halten haben.

Die kommunistische Presse ist in Breslau mundtot gemacht worden.

Sitzung des Reichsausschusses der Kommunistischen Jugend Deutschlands

Am 7. und 8. Mai hat in Berlin der Reichsausschuß der KJD. getagt. Sämtliche Bezirke waren vertreten. An den Verhandlungen nahmen die Vertreter des Exekutiv-Komitees der Jugendinternationale, Vertreter der schwedischen und lettischen Bruderorganisation und Genosse Höllein von der Zentrale der VKPD. teil. Von der Tagesordnung konnten folgende Punkte erledigt werden:

1. Politische Lage.
2. Stellungnahme zum Weltkongreß der Jugendinternationale in Moskau.
3. Wirtschaftlicher Kampf.
4. Organisatorisches.

Zur politischen Lage hielt der Referent der Zentrale, Genosse E. Sch., ein großzügiges Referat. Ausgehend von der augenblicklich bis zum Aeußersten gespannten Situation, die den völligen Bankrott des internationalen Kapitals darstellt, zeigte der Referent an der Hand von reichhaltigem statistischem Material, wie nicht nur in Mitteldeutschland, sondern auch in den westeuropäischen Siegerstaaten und vor allem auch in Amerika der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems immer augenfälliger in Erscheinung tritt. Die Verhältnisse auf dem internationalen Kohlenmarkt und die daraus entspringenden großen Wirtschaftskämpfe, der Bergarbeiterstreik in England, die ins Riesenhafte wachsende Zahl der Arbeitslosen in Amerika und England sind sprechende Zeichen des völligen Bankrotts. Gleichzeitig treten die Versuche einer internationalen Konsolidierung der Finanzwirtschaft immer deutlicher in Erscheinung. Die Bildung immer größerer Kartelle und Trusts, ihr Bestreben, mit erpresserischen Maßregeln wirtschaftlich nicht allzu starke Unternehmungen in ihren Kreis einzubeziehen, illustriert der Referent mit Mitteilungen aus dem Handels- und Wirtschaftsteil der großkapitalistischen Presse. Die Lage in Oberschlesien und die Sanktionen wurden von dem Referenten ausführlich behandelt. Wie den Berichten aus Oberschlesien zu entnehmen ist, ist dort der Kampf von deutschen und polnischen Proletariern gemeinsam gegen die imperialistischen Kräfte aufgenommen. Ihr Kampf richtet sich sowohl gegen das deutsche Grubenkapital als auch gegen Korfanty, der bereits mit Standgerichten gegen das oberschlesische Proletariat vorgeht. Die oberschlesischen Arbeiter sehen mehr und mehr die Richtigkeit der Parolen der Kommunisten ein, die ihnen schon während des Abstimmungsschwindels als Leitstern dienen sollten und denen damals nur ein geringer Teil gefolgt ist. Im Westen drohen die Sanktionen. Die Folgen ihrer Anwendung wird im größten Maße die Arbeiterschaft zu tragen haben. Die kommenden Betriebsstillegungen werden das Heer der Arbeitslosen ins Riesenhafte steigern. Die Verelendung wird immer erschreckendere Formen annehmen. Welcher Ausweg bleibt dem Proletariat aus dieser Not? Diese Frage stellen, bedeutet zugleich ein Aufrollen aller Fragen der kommunistischen Bewegung, die nicht zuletzt durch die verflossenen Märzkämpfe in den Vordergrund der Diskussion gestellt sind. Die Stellungnahme der Zentrale der KJ. gibt dem Referenten Anlaß, dieselbe eingehend zu begründen. Sie decken sich mit denen der VKPD. und die Zentrale hat sich damit voll und ganz auf den Boden der Märzaktion gestellt. Zugleich nimmt Genosse Sch. scharf Stellung gegen die vom Genossen G. H. vorgelegte Resolution, die die Märzaktion verurteilt und in dem dort beschrittenen Weg eine Gefahr für die kommunistische Bewegung sieht. Klipp und klar hat unsere Entscheidung zu sein: entweder für oder gegen die revolutionäre Offensive. Entweder wir lassen die Dinge ihren Lauf gehen und geben damit unsere Rolle als kommunistische Vorhut auf, oder wir gehen dem Proletariat voran und nehmen den Kampf auf, wenn die Stunde gebieterisch unser Handeln erfordert. Wenn in solchen Augenblicken große Teile des Proletariats den Ernst der Situation noch nicht begriffen haben, dann ist es trotzdem Pflicht der Kommunisten, ohne sie und wenn es sein muß, gegen sie in den Kampf zu ziehen. Die immer fortschreitende Verelendung wird dafür sorgen, daß die Erkenntnis für die Richtigkeit unseres Handelns immer breitere Massen der Arbeiterschaft ergreift. — Mit der gleichen Schärfe geht Genosse Sch. gegen die Resolution einiger Mitglieder des Exekutiv-Komitees vor. Wir wollen keine Unklarheit — keine Halbheiten. Leitsätze, die ungewollt vielleicht, als Einigungsboden betrachtet werden können, muß die Zentrale ablehnen.

In der Debatte legte zuerst Genosse G. H. seinen Standpunkt dar. Die vom Referenten dargestellte politische Lage unterstreicht er. Doch die daraus entspringenden Konsequenzen für die Taktik der Kommunisten im Kampf gegen die Reaktion sind andere als die vom Referenten klargelegten. Es ist ein Fehler, wenn entgegen allen bisherigen Methoden des Kampfes die Kommunisten sich in Gegensatz zu breiten Arbeitermassen stellen. Die Kraft der Ueberzeugung von der Richtigkeit der kommunistischen Partei und der kommunistischen Ziele liegt in dem Anknüpfen an die unmittelbaren Nöte und den Tageskampf. Die mit dem „Offenen Brief" eingeleitete Bewegung hatte auch zu Aktionen geführt. Die stetige Steigerung hätte uns nicht aus dem Kontakt mit den Massen gebracht. Genosse H. erklärt sich mit wesentlichen Teilen der Argumente Paul Levis einverstanden, wenngleich er auch die Veröffentlichung der Broschüre aufs schärfste verurteilt und die Zahlenkunststücke Levis als durchaus opportunistisch hinstellt. Wenn die Kommunistische Jugend sich für die Leitsätze der Zentrale entscheidet, so erklärt Genosse H., sich der Disziplin zu fügen. Die Geschichte und die Zukunft wird ein gerechtes Urteil fällen.

Genosse Münzenberg begründet die von Mitgliedern des Exekutive-Komitees eingebrachte Resolution. Die Leitsätze der Zentrale weisen verschiedene Mängel auf. Diese Mängel, die vor allem darin liegen, daß die Fehler und Schäden der Märzaktion nicht genügend klargelegt seien, machte die Vorlage einer nach seiner Meinung umfassenderen Resolution notwendig. Genosse M. wendet sich gegen den Vorwurf, daß seine Resolution die des Sumpfes sei. Es liegt ihm daran zu erklären, daß er voll und ganz die Taktik der revolutionären Offensive billige, die durchaus in der Linie der bisher von der Jugendinternationale betriebenen Politik liege. Eine klare Scheidung ist notwendig. Die Trennungslinie liege zwischen der von Gen. H. vertretenen Auffassung und der Zentrale, mit der er im Prinzip einverstanden sei.

In der Diskussion stellen sich mit Ausnahme der Vertreter der Bezirke Ostpreußen und Hessen alle Genossen auf den Standpunkt der Zentrale.

Vor der Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen zieht Genosse Münzenberg seine Resolution zurück, da er eingestehen muß, daß er im Laufe der Diskussion sich verschiedener Unklarheiten seiner Leitsätze bewußt geworden ist und ihm an einer klaren Entscheidung sehr viel liegt.

Die Abstimmung ergibt dann die Annahme der Zentrale-Leitsätze mit 30 gegen 3 Stimmen, die auf die Resolution des Genossen H. entfallen. —

Die Resolution der Zentrale, die gegen Paul Levi Stellung nimmt, wird mit 30 gegen 1 Stimme bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Stellungnahme zum Weltkongreß der Jugendinternationale in Moskau referierte in einer kurzen Erläuterung zu den vorgelegten Thesen der Gen. Ziegler vom Ex. der Jugendinternationale, über die Frage des Verhältnisses der Jugend zur Partei, und darüber hinaus der Jugendinternationale zur Dritten Internationale. Der Referent zeichnet in kurzen Zügen den Weg, den die Jugendinternationale und die Kommunistische Jugend gegangen. Während des Krieges war es die Kommunistische Jugend, die als Führerin im Kampfe den wenigen revolutionären Kräften vorausging und dieselben in sich vereinigte. Die historische Aufgabe, den revolutionären Kampf zu beginnen und die revolutionären Kräfte zu wecken und zu sammeln, war der Jugendinternationale überlassen, die diese Aufgabe, wie die einzelnen Sektionen, voll und ganz erfüllte. Nachdem durch die Revolution in Rußland aber die Dritte Internationale erstand, wurde diese Aufgabe in ihrer weiteren Lösung von der Dritten Internationale übernommen. Der Referent schildert weiter die Tendenz der Entwicklung des Spartakusbundes zur großen VKPD., der die politische Aufgabe die der Jugendinternationale und den einzelnen Landessektionen derselben während des Krieges oblag, die Führung des revolutionären Kampfes, zu seiner Aufgabe machte. Die Kommunistische Jugend kann heute bei dem Bestehen großer kommunistischer Massenparteien nicht mehr die Aufgabe einer politisch führenden Organisation haben. Da heute aber die Zuspitzung der Verhältnisse eine einheitliche revolutionäre Front erheischt und im praktischen Kampf das völlige politische Aufgehen der KJ. in der KP. bereits Tatsache geworden ist, gilt es die Linie der Entwicklung zu erkennen und die Konsequenz daraus zu ziehen, und die kann nur heißen: politische Unterordnung der KJ. unter die kommunistischen Parteien. Das ist um so mehr notwendig, weil dadurch mehr als bisher die heutige Aufgabe der KJ., die Durchdringung und Verjüngung der KP., gelöst werden wird, und die Gegensätze, die rein psychologisch noch zwischen den Alten und Jungen teilweise bestehen, durch die engere Kampfgemeinschaft überwunden werden. Er fordert deshalb die Aufhebung der politisch selbständigen Organisation der KJ. und ihre Unterstellung unter die führende Politik der kommunistischen Parteien unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit.

Als Korreferent zu dieser Frage spricht der Genosse Münzenberg der vor allem hervorhebt, daß die kommunistischen Parteien sich heute noch nicht so weit entwickelt haben, daß die Frage, die der Referent gestellt hat, heute schon gelöst werden könnte. Er befürchtet vielmehr, daß die Jugend, die von Natur aus der aktivste und revolutionärste Teil des Proletariats ist, bei ihrer Unterstellung unter die Partei nicht zum Ausdruck kommen könnte, und daß die Hemmungen und Krisen, denen die kommunistischen Parteien noch immer und in größerem Maße als die Jugend unterliegen, auch hemmend und rein psychologisch und pädagogisch betrachtet, schon nachteilig auf die Jugend wirken müßte. Er hält es für entschieden besser, daß die Jugend nicht von der Partei gefesselt, sondern aus freiwilliger, lebendiger Disziplin, wie dies seither ausnahmslos der Fall war, aktiv und vorwärtstreibend in die Kämpfe der Partei miteingreift. Die Notwendigkeit der Selbständigkeit der KJ. geht heute wieder klar und deutlich aus dem Kampfe der französischen Jugend hervor, die heute selbständig einen harten und opferreichen Kampf gegen den Militarismus führt, während die Partei eine abwartende Haltung einnimmt und den Kampf der Jugend sogar mißbilligt. Dasselbe gilt von den Kämpfen der Jugend der Tschechoslowakei. Der Referent zeigt nicht nur an der Vergangenheit, sondern auch an den gegenwärtigen Kämpfen der KJ. in den verschiedensten Ländern, wie notwendig auch die politische Selbständigkeit der KJ. ist. Auch rein psychologische und pädagogische Gründe sprechen für die Selbständigkeit der Jugend auch in politischer Beziehung. Er hält das heute zwischen der Jugend und Partei bestehende Vertretersystem für das beste und für die Jugend gegeben, wofür auch die Vorgänge innerhalb der russischen Jugend sprechen, die heute wieder zu diesem Vertretersystem zurückgreift. Er bitte deshalb, die vom ersten Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale aufgestellten Thesen zu dieser Frage auch weiterhin beizubehalten und die neu vorgelegten Thesen abzulehnen.

In der darauffolgenden Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, wegen der bereits vorgeschrittenen Zeit in die Diskussion über diese Frage nicht einzutreten, sowie die Entscheidung auszusetzen, worauf zur Wahl der Delegierten zum Weltkongreß in Moskau geschritten wird.

Nach Erledigung derselben erhält Gen. Pl. K. von der Zentrale das Wort zu Punkt 3 der Tagesordnung: Wirtschaftlicher Kampf der Jugend. Er schildert in kurzen Zügen die wirtschaftliche Lage der Jugendlichen und die daraus erwachsende Notwendigkeit der Zusammenfassung der großen Massen der jugendlichen Arbeiter zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe, wie sie die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken bedingen unter Heranziehung der bereits bestehenden wirtschaftlichen Kampforganisationen der Jugend, der Gewerkschaftsjugendsektionen — Die Diskussion, in der vor allem noch Gen. Walter von der Zentrale und verschiedene Delegierte aus den Bezirken sprachen, zeigt wie brennend diese Frage bereits in den Bezirken geworden ist und ergibt noch vielfältige Winke für die praktische Arbeit auf diesem Gebiete.

Nach einem vom Gen. G. von der Zentrale noch kurz gegebenen Organisationsbericht, der das rapide Steigen und Vorwärtsschreiten der Organisation in erfreulichen Ziffern feststellt und den wir in allen Einzelheiten in einem Extrabericht in den nächsten Tagen folgen lassen, wurde der arbeits- und erfolgreiche Reichsausschuß mit dem festen Willen der Delegierten, weiterhin mit gesteigerter Aktivität und mit allem Eifer an dem Weitertreiben der Revolution wie an dem weiteren Aufbau unserer Organisation und der Verbreiterung derselben mit allen Kräften zu arbeiten, beendet.

Zum Aufmarsch der kommunistischen Jugend

In wenigen Tagen ist Pfingsten. Im ganzen Reich und in den angrenzenden Ländern rüstet die Kommunistische Jugend zu ihrem Sammeltag. In Stuttgart, Dresden, Düsseldorf, Kiel, im Riesengebirge, als auch in Ilmenau i. Th. und in Bad Lauterberg i. Harz wird die Kommunistische Jugend Deutschlands zusammenströmen und die Genossen aus Frankreich, Belgien, Elsaß-Lothringen, aus der Schweiz und der Tschecho-Slowakei und Dänemark begrüßen. Ueber die Grenzen hinweg wird das Band zwischen Brüdern und Schwestern enger geknüpft werden. Keine großen Feste werden gefeiert — die Stunde des Treffens ist ernst! Wie Ostern 1915 mitten in die Blutnebel des Weltkrieges vom Internationalen Jugendkongreß der Rebellenruf der Jugend:

Reißt die Grenzpfähle aus!

in die Welt hineingeschleudert wurde, so wird auch in diesem Jahr die Kommunistische Jugend drohend und mächtig ihren Ruf erklingen lassen.

Sturmzeichen überall! In Oberschlesien ist es zum offenen Kampf zwischen den deutschen und polnischen Imperialisten gekommen. Eine nationalistische Welle droht diesen Konflikt über Oberschlesien hinaus auszudehnen. Wie im Jahre 1914 versuchen die Nationalisten aller Länder, den Boden für neue bewaffnete Auseinandersetzungen, für neue Morde vorzubereiten. Wie im Jahre 1914 soll das Proletariat in den Karren gespannt werden und soll für die kapitalistischen Interessen bluten. Wie im Jahre 1914 werden es wieder junge Proletarier sein sollen, die als die Ersten in dem Rausch des Nationalismus vergessen sollen, daß es nicht ihre eigenen Interessen zu verteidigen gilt.

Und wie im Jahre 1914 wird aber auch die proletarische Jugend wieder ihr Haupt erheben und der blutdürstigen Bestie ein Halt entgegenrufen! Schon dringen die Nachrichten über Kämpfe der kommunistischen Jugend Frankreichs in den Straßen von Paris zu uns herüber. Die Genossen schreien der Briandregierung ein vieltausendstimmiges

Nieder mit dem imperialistischen Krieg!
Nieder mit den Kriegshetzern!

entgegen. Das ist der Kampfruf junger Kommunisten in einem Augenblick, da die imperialistische französische Regierung die Mobilisierung ganzer Jahresklassen anordnet.

Wir grüßen unsere Brüder! Wir reichen ihnen die Hände und an unserem Sammeltag wird unser Gelöbnis erneuert werden. Die kommunistische Jugend Deutschlands ist bereit. Wie in den Märztagen wird sie, wenn es zum Kampf kommt, auf dem Posten sein.

In Dresden werden sich große Scharen unserer Genossen aus Böhmen einfinden. Verfolgt und gehetzt und gehaßt haben sie in den letzten Wochen gekämpft. Die junge Organisation hat ihre Feuerprobe abgelegt. Auch ihnen wird das Treffen zum Tag des Schwurs.

Zu gleicher Zeit werden in Amsterdam die Führer der gelben Jugendinternationale ihren Verrat vollenden.

Junge Kommunisten stehen in Deutschland vor ihren Orgeschrichtern und wandern in die Zuchthäuser — kommunistische Jugend ist es, die in der Tschechoslowakei von der Staatsgewalt verfolgt ist; und die Kriegshetzer von gestern, die heuchlerischen Pazifisten von heute und Kriegshetzer von morgen versuchen Teile des Jungproletariats von ihrer Aufgabe als klassenbewußte junge Arbeiter abzubringen.

„Nur keinen Krieg! schreien sie. „Nur kein Blut!" jammern sie. „Ruhe und Ordnung!" kläffen sie.

Wir aber schreien der Welt in die Ohren, daß es gellt: Es ist Krieg — denn gestern und heute ist Arbeiterblut geflossen und wird morgen wieder strömen.

Es ist kein Friede im Land — denn zwei Heere stehen sich todfeind gegenüber. Krieg herrscht — Krieg zwischen Kapital und Arbeit.

Es ist keine Ruhe — es sei denn die Ruhe in den Gräbern der Gefallenen und die Ruhe hinter Gefängnismauern und Zuchthauszellen.

Es herrscht keine Ordnung — es sei denn die „Ordnung", daß täglich und stündlich bleiche und verhungerte Proletarier zusammenbrechen müssen — daß proletarische Jugend in den Elendskammern und dumpfen Hütten verkümmert und dahinsiecht, damit die kapitalistische Welt vor dem Ansturm der Elendsheiten der Elenden bewahrt bleibt.

Wir feiern heute keine Feste. Wir, die Jugend der Revolution steigen auf die Barrikaden mit dem Ruf:

Hier wird getanzt — hüben oder drüben.

Kampf ist die Losung für die Pfingsttreffen! Die internationale kommunistische Jugend nimmt ihn auf mit dem Ruf:

Es lebe die Weltrevolution!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Vom roten Moskau bis zum schwarzen Meer

4)

Von Max Barthel

Acht Monate dauerte die weiße Invasion der Deutschen, die Herrschaft von Skoropatski, Krasnow und Petljura. Zum zweiten Male ging die proletarische Revolution durch die Ukraine; schon siegreich, wurde folgendes Manifest der provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung erlassen:

Im Namen der aufständischen Arbeiter und Bauern, im Namen der revolutionären Armee erklären wir die Herrschaft des Hetmans für gestürzt.

Die Herrschaft der Arbeiter und Bauern, die Herrschaft der Räte in der Ukraine ist wieder hergestellt.

Arbeiter und Bauern der Ukraine!
Soldaten der Roten Armee!

Die langersehnte Stunde hat geschlagen. Die Gewaltherrschaft der zeitweilig siegreichen Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, die Herrschaft Skoropatskis ist gestürzt. Sieben unerhört schwere Monate voll des Alpdrucks und Schreckens, Gewalttätigkeit und Erniedrigung, Armut und Plünderung haben die arbeitenden Massen der Ukraine erleiden müssen. Kaum hatten die Arbeiter und Bauern der Ukraine ihre Jahrhunderte alten Fesseln der Knechtschaft zerschlagen, als durch die Gewalt der dem Kapital gehörenden deutschen Bajonette die junge Rote Armee zerschlagen wurde, und ihr, Arbeiter und Bauern der Ukraine, wurdet wieder an Händen und Füßen gefesselt und vollkommen der Gewalt der ukrainischen und ausländischen Kapitalisten überliefert. Die Fa[illegible] und Bauern der Ukraine. Zu Hunderten und Tausenden wurden sie in Gefängnisse gesperrt, und ihr einziges Vergehen bestand doch nur darin, daß sie sich erdreisteten, frei zu sein, daß sie nicht länger im Fron der Großgrundbesitzer und Kapitalisten stehen wollten.

Ein Blutfest feierten die Bourgeoisie und die Landjunker.
Ein Blutfest feierten die Rada und der Hetman.

Ein furchtbares Blutfest des Triumphes und der Klassenrache feierten die damaligen Herren der Ukraine, die deutschen Kapitalisten und Generäle!

Das Manifest geht weiter und ist eine fürchterliche Anklage gegen die blutige Invasion. In der Zeit der Invasion verkündigte das Zentralkomitee der ukrainischen kommunistischen Partei am 1. April:

Die deutschen Arbeiter hören das Stöhnen, das von der Ukraine zu ihnen hinüberhallt, und nahe ist die Stunde, in der mit einem kräftigen Schlage die Henker der sozialistischen Ukraine vernichtet sein werden.

Die Stunde der Abrechnung, heißt es in dem neuen Manifest, ist gekommen, und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern der Ukraine wird verkündet. In diesem Manifest steht kein Wörtlein von Frieden, es ist Kampf und immer wieder Kampf, Krieg gegen Krasnow und Petljura, Krieg gegen den sich meldenden Denikin und die drohende neue Invasion.

Auch das Ententekapital, das jetzt seine Heere vom Süden heraufschickt, nachdem es im Norden und Osten entscheidend geschlagen wurde, auch das Ententekapital wird verbluten im Stachelwald der Arbeiter- und Bauernbajonette. Die Faust des Arbeiters wird den Ententekapitalismus ebenso zerschlagen, wie sie den deutschen Imperialismus zerschlug. Die Weltrevolution [illegible] und wird die Aufständigen hingen an den Galgen von Denikin oder starben im Standrechtfeuer seiner Henker. Denikin stand kurz vor Tula, das ist nicht weit von Moskau, als er vom Gipfel seines Sieges durch die Rote Armee, durch aufständische Bauern und Stoßtrupps der ukrainischen kommunistischen Partei zerschmettert wurde. Heute weht die rote Fahne ungehindert vom Stadthause in Charkow, und die Sowjets haben sich gefestigt.

Charkow ist die heitere beschwingte Stadt im Grünen, mit breiten Straßen, grünen Gärten und schönen Häusern, eine schon ein wenig südliche Stadt. Kinderheime, in wunderschönen Häusern untergebracht, ebenso Lazarette und die Sowjetanstalten. Der Palast der Arbeit, das ist das Gewerkschaftshaus, gehörte früher einer großen Versicherungsgesellschaft. Klebow, der Sekretär der Gewerkschaften, zeichnete vor unseren Augen die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetukraine. In manchen Gegenden habe die Regierung siebzehnmal gewechselt und immer wieder die kommunistische Reorganisation vernichtet. Das wichtigste Problem sei zurzeit die Militarisierung der Arbeit und die Naturalisation des Arbeiterlohnes. Es gelte jetzt alle Kräfte zu zentralisieren und auf ein einziges Ziel, auf die Instandsetzung und Hebung der Produktion hinzuführen. Die sozialistische Aufgabe sei die Naturalisation des Arbeiterlohnes. Diese Aufgabe sei zurzeit die schwerste, und sie ständen ganz im Anfang damit. Die Brotversorgung der Schwerarbeiter sei schon gesichert. Der Lohn der Angestellten dagegen sei noch nicht naturalisiert. Das Hauptproblem aber sei eine Organisation und Hilfsaktion für das Donetzbecken. Im übrigen sei das keine speziell ukrainische Angelegenheit, sondern eine allgemein russische. Der Bürgerkrieg habe auch im Donetzbecken ungeheure Werte vernichtet. Viele Gruben seien ersoffen, Schmelzöfen erkaltet, Fabriken ruiniert. Zurzeit sei eine großzügige Ar[illegible] für das Donetzbecken im Gange. Das Don[illegible] das sei ebensoviel oder noch mehr

Gehirnverkleisterung statt Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Im „Korrespondent", dem Organ der Buchdrucker, beschäftigt sich ein Ernst Schulze mit der „Ursache und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit". Die Art, wie dort das Arbeitslosenproblem aufgefaßt wird und gelöst werden soll, ist derartig, daß man sich fragen muß, wie ist es möglich daß ein sogenanntes freigewerkschaftliches Verbandsorgan dazu seinen Raum zur Verfügung stellt. Man kann dies beim besten Willen nicht anders bezeichnen, als eine bewußte Verdummung der Mitglieder.

„Woher kommen," so fragt Schulze, „die Arbeitslosigkeit, woher die teuren Preise für die Lebensmittel? Beide nur aus dem einen Grunde der Uebervölkerung der planlosen Menschenvermehrung." Nach statistischem Nachweis der Volksvermehrung in den letzten Jahrzehnten kommt der Verfasser zu dem Schluß, „eine dauernde Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Teuerung ist nur durch die radikale Umkehr der Menschenproduktion, durch staatlich geförderte Auswanderung, Abschub aller Ausländer und Verbot jeden weiteren Zuzugs" möglich. In dem Artikel ist kein Wort von irgendwelchem Kampf gegen die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit, die Produktionssabotage des Kapitals zu finden.

Die Gründe der Arbeitslosigkeit kann jeder Laie, der mit fünf normalen Sinnen ausgestattet ist, mit den Händen greifen. Die unmittelbare Ursache der jetzigen Krise ist der Weltkrieg, der 15 Millionen Menschen getötet und weitere 30 Millionen mehr oder minder arbeitsunfähig gemacht hat. Ganz abgesehen von den Millionen, die vor Hunger und Elend zugrunde gingen. Außerdem zählt der Geburtenausfall durch den Krieg und seine Folgen nach vielen Millionen. Wenn also Schulze mit seiner — übrigens gar nicht neuen und schon oft widerlegten — Theorie recht hätte, dann müßte jetzt durch das Ausscheiden der vielen Millionen Arbeitsfähiger keine Arbeitslosigkeit, sondern ein Arbeitermangel vorhanden sein.

Wir sehen aber, daß die Welt nach Waren, oder besser gesagt, Gebrauchsgegenständen schreit, daß es an Wohnungen, Kleidern, Nahrungsmitteln, Verkehrsmitteln, kurzum an allem fehlt. Also Arbeit in Hülle und Fülle, und trotzdem Arbeitslosigkeit. In einem Teil der Welt herrscht Arbeitslosigkeit, weil zuviel Rohprodukte vorhanden sind, während im anderen Weltteil aus Mangel an diesen Rohstoffen viele Fabriken stillstehen. Wir wissen, daß die Erde bei Ausnützung aller technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften das Vielfache der heutigen Menschheit ernähren könnte. Es muß daher jedem einleuchten, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit und Teuerung nicht im Mangel an Nahrung und Rohstoffen liegt, sondern an der organisatorischen Unfähigkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung. Es wird eben nicht nach dem Bedürfnis der Gesamtbevölkerung produziert, ausschlaggebend ist vielmehr nur das Profitinteresse, die Rentabilität.

Es würde hier zu weit führen, wollte man alle die wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen dieser kapitalistischen Desorganisation beleuchten. Die kurzen Hinweise genügen aber schon, um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft gegen all das Elend und die Not mit Erfolg nur ankämpfen kann, wenn sie sich klar darüber ist, daß dies notwendige Folgeerscheinungen der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise sind. Und es wäre die erste Aufgabe eines Gewerkschaftsblattes, die Verbandsmitglieder über diese Fragen eingehend aufzuklären, um sie dadurch zum zielbewußten Kampf zu befähigen. Statt dessen verzapft der „Korrespondent", ein Blatt, daß in vielen seiner beruflichen hochqualifizierten Leser und Verbandsmitglieder mit an erster Stelle in der Gewerkschaftspresse stehen sollte, einen derartigen Unsinn. Dadurch wird die Arbeiterschaft irritiert und von ihrem eigentlichen Kampfziel abgelenkt.

Es gibt kein anderes Mittel, die Arbeitslosigkeit und all ihre Begleiterscheinungen zu beseitigen, als den rücksichtslosen Kampf gegen das profithungrige Ausbeutertum, gegen den kulturwidrigen Kapitalismus. Die Führung dieses Kampfes ist die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften, und wenn die Kommunisten in den Verbänden immer wieder darauf drängen, daß die wirtschaftsfriedliche Taktik aufgegeben und der entschlossene Klassenkampf geführt wird, so geschieht das nicht, wie uns so oft von der Bureaukratie vorgeworfen wird, aus „parteipolitischen Gründen", sondern im Interesse der Gesamtarbeiterschaft. Es genügt nicht, die bekannten zehn Forderungen des ADGB. aufzustellen und deren Durchführung den Parlamenten und Kommissionen zu monatelangen Beratungen überlassen, sondern es muß, auch im Interesse der Gewerkschaften selbst, die Macht der neun Millionen gewerkschaftlich Organisierten in die Wagschale geworfen werden, **denn nur im Kampf werden sie stark und unwiderstehlich.**

Breslauer Nachrichten

Die „Volkswacht" nimmt den „Kampf" auf.

Die Oppositionsbereitschaft der Sozialdemokratie hat nicht lange gedauert. Die Sehnsucht der Bonzen nach den Ministersesseln hat sehr schnell über die Oppositionslust der Massen gesiegt.

Die Sozialdemokratie ist wieder Regierungspartei geworden. Aber nicht ohne daß die sozialdemokratischen Genossen in der Oberschlesischen Frage, als offiziöseste Vorm, handeln wie in einer Koalition mit der Bourgeoisie, dem Todfeind der Arbeiterklasse.

Kaum erscheint sich die Bourgeoisie bereit im Dreck und wieder einmal kann die Sozialdemokratie bereitwilligst zu helfen.

Das Ultimatum der Entente Bourgeoisie, das für die deutschen Arbeiter unbeschreibliche Sklaverei auf Jahrzehnte hinaus bedeutet, ist mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten angenommen worden. Der Kampf kann also losgehen. Natürlich nicht, wie Hörle die Liebe Einlaß vom Ring denkt, gegen die Kapitalisten, sondern gegen die Arbeiter. Oder glauben die sozialdemokratischen Arbeiter, daß die Vertreter des Kirchen- und Handelskapitals, die mit den Ministergenossen in der Regierung sitzen, jetzt zu mehr Opfern bereit sind, als in den zwei Regierungsjahren vorher? Die Wirth, Gröner und Schiffer sind gerade die Richtigen, sie werden den Arbeitern schon zeigen, gegen wen der Kampf jetzt geht.

Aber die Sozialdemokraten haben bisher auf das Wohl der Arbeiter gepfiffen, und sie werden auch jetzt wie bisher gegen die Interessen der Arbeiter regieren, wie es die „Volkswacht" ja auch selbst so schön sagt:

„Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie auch dem Unverstand der Massen nicht nachzugeben gesonnen ist, wenn es sich darum handelt, Weltfriedenspolitik im großen Stil zu vertreten."

Das ist außerordentlich deutlich gesagt, damit nun endlich auch der rückständigste Arbeiter merkt, wohin der Kurs geht, den die Sozialdemokratie einschlägt. Auf den Willen der blöden Masse wird gepfiffen, die Postenlüsternheit der Bonzen entscheidet.

Seht, sozialdemokratische Genossen, das ist Eure Partei, die in die Opposition getreten war und nicht mehr für die Bourgeoisie den Karren aus dem Dreck holen wollte.

Aber was kümmern sich die Bonzen um Euch blöde Masse. Nachdem die Regierung fertig ist, ladet man Euch zu einer Mitgliederversammlung ein, um Euch wieder einzuwickeln und Euch was von Vaterlandsliebe vorzuerzählen.

Kein Wunder, daß Eure Bonzen zetern, wenn wir Kommunisten, bei denen die Massen entscheiden, einmal einen rebellierenden Führer über Bord werfen. Bei Euch entscheidet eben nicht der Wille der Massen, sondern der der Führer.

Ihr wolltet die Opposition, den Kampf, die Bonzen aber halten das für Unsinn und entscheiden sich für die Futterkrippe.

Es ist also entweder politischer Infantilismus oder schamlose Bosheit, wenn jetzt die „Volkswacht" ihren Lesern weismacht, daß die neue Regierung imstande sei, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

Leider bricht der Leitartikel gerade an der Stelle ab, wo man glaubt, etwas über die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums zu hören. Vielleicht waren die Lügen so dick aufgetragen, daß die Rotationsmaschine den Druck nicht ausgehalten hat.

Aber die Windbeutel mögen sich noch so sehr anstrengen, um das Volk zu belügen, die harte Wirklichkeit wird auch den letzten Arbeiter erkennen lassen, daß die Ausbeutung und Sklaverei des Proletariats nicht eher ein Ende nehmen wird, bis nicht die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Zuhälter zum Teufel gejagt sind.

Am 17. Mai 1921 tritt eine **Erhöhung der Fahrpreise im Umsteige- und Abendverkehr** ein, die in einer Sonderausgabe des Breslauer Gemeindeblattes am 12. d. Mts. veröffentlicht werden wird. Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

Aus der Provinz

Die Lohnbewegungen in der Glasindustrie.

Vom Verband der Glasarbeiter wird geschrieben:

In der Glasindustrie ist zum Nachteil der Industrie und ihrer Arbeiter eine tarifliche Zeit für alle Branchen eingetreten. Die bisher geführten Verhandlungen kamen leider zu keiner endgültigen Entscheidung. Während die Arbeiter konsequent erklären, daß der Tarif unter den bisherigen Bedingungen verlängert werden kann, ohne daß weitere Lohnerhöhungen zu machen sind, bestanden die Unternehmer auf einem Lohnabbau. Eine Verständigung konnte nicht geschaffen werden. Die Industriellen haben in einzelnen Fällen zur Aufkündigung des bestehenden Arbeitsverhältnisses gegriffen und erklären der Arbeiterschaft, daß sie nur noch für 14 Tage die bisher geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten wollen, dann Verschlechterungen durchführen müssen. Die Arbeiter der Glasindustrie werden sich dagegen mit aller Entschiedenheit wenden.

In der gesamten Lausitz, wie in ganz Sachsen haben die Aufkündigungen Platz gegriffen und so kam es in der Fensterglasindustrie zu größeren Kämpfen kommen. Die Glasarbeiter sind der Auffassung, daß kaum in einem zweiten Industriezweig so erhebliche Verdienste erzielt wurden, wie in der Glasindustrie und es deshalb nicht erforderlich sei, die Arbeiterschaft die Wirkungen der wirtschaftlichen Depression fühlen zu lassen.

Für die Fensterglas-, Weinglas- und Beleuchtungsglasindustrie, sowie für die Flaschenindustrie bestehen besondere Unternehmer-Organisationen, aber es ist bezeichnend, daß bei den diesbezüglichen Verhandlungen die Vertreter der einzelnen Unternehmerorganisationen anwesend waren, um sich jedenfalls genau über den Stand der Arbeiterbewegung zu informieren und ihre Maßnahmen danach zu treffen. Zu beachten ist, daß besonders in der Fensterglasindustrie eine sehr flaue Zeit eingetreten ist und die Verkaufspreise rapid gefallen sind. Während vor dem Krieg der Quadratmeter Fensterglas zu dem sehr niedrigen Preis von 1,40 M. teilweise verkauft wurde, stiegen die Preise im Jahre 1920 bis zu 70 M., während heut wieder der Quadratmeter bis zu 25 M. im Preise gesunken ist. In diesen unhaltbaren Verhältnissen tragen allein die Industriellen die Schuld. An der Preissteigerung und an der Bewucherung des Volkes haben sie alle den mildesten Anteil genommen, während in der Zeit des Preissturzes eine Zügellosigkeit sondergleichen eingesetzt hat. Planlosigkeit und Kopflosigkeit bei allen Industriellen.

Die Glasindustriellen haben es in der aufsteigenden Konjunktur unterlassen, die Produktion durch ein festes, einiges Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft in planvoller Weise zu regeln, und heut sollen sofort die Arbeiter darunter leiden. Angesichts dieser Tatsache werden die Arbeiter sich unter keinen Umständen irgend welche Verschlechterungen gefallen lassen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Angriffe der Unternehmer zurückweisen. Ganz besonders die Lausitz und Sachsen haben in der Glasindustrie für die nächste Zeit größere Kämpfe zu erwarten, wenn die Unternehmer auf der Durchführung der Lohnherabsetzungen bestehen bleiben sollten.

Landarbeiterpropaganda

In Bunzlau fand am 7.—8. Mai eine Zusammenkunft der im Unterbezirk in der Landarbeiterbewegung tätigen Genossen statt. Ein Genosse hielt einen mit dem größten Interesse aufgenommenen Kursus für Landpropaganda ab.

In der Diskussion wurde mit Recht auf die Notwendigkeit der Aufklärung des Landvolkes über die Wege und Ziele der Kommunisten hingewiesen. Die Landarbeiter lechzen nach Aufklärung und erkennen, daß zur wirklichen Durchführung der sozialen Revolution auch sie mitbeitragen müssen.

Im Anschluß an den Kursus fanden in der Umgebung noch einige gut besuchte Landarbeiterversammlungen statt. (Einen ausführlichen Bericht über den Kursus werden wir in den nächsten Tagen bringen.)

Die Nummer 17 des „Kommunistischen Gewerkschaftler" ist auf die Kampagne gegen das Arbeitslosenelend eingestellt. Sie bringt neben einem Aufruf der Reichsgewerkschaftszentrale der VKPD. nochmals die 10 Forderungen des ADGB. In einem Artikel „Wie die Spitzenkörperschaften gegen das Arbeitslosenelend „kämpfen"", wird gezeigt, daß der ADGB. überhaupt nicht kämpfen will, daß er mit der Regierung unter einer Decke steckt. Auf das Arbeitslosenproblem bezieht sich auch das inhaltsreiche Referat, das der Genosse Ludwig auf der Konferenz des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands gehalten hat. Außerdem enthält die Nummer eine Anzahl anderer gehaltvoller Beiträge.

Die **„Rote Gewerkschaftsinternationale"** Nr. 16 (Beilage zum „Kommunistischen Gewerkschaftler") hat folgenden Inhalt: „Die Amsterdamer und die Sanktionen"; Die Antwort der gelben Gewerkschaftsführer"; „Vor dem Lille Gewerkschaftskongreß"; „Die wirtschaftliche Lage in Sowjet-Rußland (Außenhandel)" und Internationale Rundschau.

Das Material der Nr. 17 des „Kommunistischen Gewerkschaftler" wird unseren Genossen den Kampf gegen das Arbeitslosenelend und gegen die verräterische Passivität der Gewerkschaftsbureaukratie wesentlich erleichtern. Wir fordern unsere Genossen auf, für die Verbreitung des „Kommunistischen Gewerkschaftler" regste Propaganda zu entfalten. Der Bezugspreis für die Einzelnummer beträgt 50 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mk.

Bestellungen sind zu richten an die Kommunistische Bücherei Breslau 5, Gräbschnerstr. 45.

Sammelt für die „Rote Hilfe!"

Verantw. Red.: Werner Scholem, Berlin. Verl.: „Die Rote Fahne", Berlin S 14. Druck Felix Wolf, GmbH., Berlin S 14.

Abschlagzahlungen für Gas, Wasser, Strom.

Die Entnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sind durch besondere Zustellungen aufgefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten April und Mai 1921 Teilzahlungen zu leisten. Die für den Aprilverbrauch gestellte Frist ist am 30. April 1921 abgelaufen. Alle im Verzuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die rückständigen Beträge nunmehr bis spätestens 12. Mai 1921 an die Kasse der Betriebswerke zu zahlen. Andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1,00 M. durch Beauftragte der Kasse abgeholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Lieferung einzustellen und die Messer wegzunehmen.

Lobe-Theater.
Freitag und Sonnabend 7 Uhr
Gastspiele Friedr. Kayssler und Helene Fehdmer
Nach Damaskus I. Teil
Sonntag und Montag 7 Uhr
Gastspiele Friedr. Kayssler und Helene Fehdmer
Nach Damaskus II. u. III. Teil

Meine Herrn!
Die Ueberfüllung meines Geschäftslokals der letzten Wochen sind der schlagende Beweis meiner
Leistungsfähigkeit.
Für diese Woche habe ich wieder einen großen Posten
Anzüge
in Farbenpracht und Modellen, die Sie nur bei mir finden.
Den angenehmen Ruf meiner Billigkeit baue ich weiter aus und verkaufe an jedermann nur
solange Vorrat reicht
Wilhelm Ed. Schubert
Klosterstraße 43.

Stadttheater
Freitag 7 Uhr
Der Rosenkavalier

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. Ring 2545
Donnerst., Sonnabend, Sonntag, Montag, Dienstag 7½ Uhr
Die spanische Nachtigall
Freitag 7½ Uhr
Der letzte Walzer
Sonntag nachm. 3½ Uhr
Die Förster-Christel
Montag nachm. 3½ Uhr
Der fidele Bauer

Czerwony Sztandar
Organ kommunistycznej Partji
G. Slaska
Jedzyny polski dziennik kommistyczny w Europie
Prenumerata miesieczna 5 Marek 35 wraz z oplata pocztowa

Tafel-Margarine ☐ **7.30**
Feinste Holst. **Edel-** „ ☐ **8.50**
Schweinefett gar. rein **Pfd. 10.00**
Nussbutter- und Margarine-Niederlage
Kloster-Strasse 20, Hof rechts.
Bei Einkauf v. 5 Pfd. an 10 Pf. pro Pfd. Rabatt.